NATO-Manöver in der ganzen Bundesrepublik Seite 6

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 39 vom 26. September 1980 14. Jahrgang 1 DM



Geschlossen dagegen — nahezu alle 2 400 Arbeiter der AG Weser in Bremen beteiligten sich an der Demonstration durch die Stadt zum Senat. Mit dieser Aktion wurde gegen die Pläne des Krupp-Konzerns protestiert, aus der AG Weser eine bloße Reparaturwerft zu machen und einen Großteil (500) der Arbeitsplätze zu vernichten. Auch die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) in der IG Metall hatte unter der Losung „Die AG Weser muß erhalten bleiben" zu dieser Aktion aufgerufen und echte Kampfmaßnahmen gefordert.

Titan-II-Rakete explodiert

Amerikanisches Raketendepot ausgebrannt

1 400 Menschen evakuiert

DAMASCUS.— In der Nacht zum letzten Freitag explodierte in einem Atomraketensilo bei Damascus im US-Bundesstaat Arkansas eine Titan-II-Atomrakete. Ein Todesopfer, 22 Verletzte — davon 18 schwer — waren das Ergebnis der Katastrophe. In 16 Kilometer Umkreis mußten 1 400 Bewohner wegen der radioaktiven Gefahr evakuiert werden.

Die Rakete, die einen Atomsprengkopf trug, ging nach einem geringfügigen Wartungsfehler in Flammen auf — 53 weitere dieser 1962 installierten Interkontinentalraketen sind in amerikanischen Depots abschußbereit.

Dies ist bereits das fünfte Mal innerhalb der letzten Jahre, daß eine Rakete dieses Typs in die Luft flog. Dabei hatte es schon mehrere Todesopfer gegeben. Auch dieser Unfall, der laut bürgerlicher Presse „glücklich endete" (es gab ja nur einen Toten!), ist ein weiterer Beweis dafür, wie die atomaren Arsenale der Imperialisten Gesundheit und Leben der Bevölkerung bereits in Friedenszeiten gefährden.

Jeder westdeutsche Bürger, der diese Nachricht zur Kenntnis genommen hat, sollte sich an die vielen militärischen Sperrgebiete erinnern, die die US-Army in verschiedenen Teilen unseres Landes errichtet hat.

Wie bei den Standorten der Titanraketen, die jeweils nur durch die Explosionen bekannt wurden, so wird auch in der Bundesrepublik geleugnet, daß sich in diesen Sperrgebieten Atomwaffen befinden.

Und auch bei dieser Explosion wurde bis zuletzt geleugnet, daß die Titanrakete mit einem Atomsprengkopf ausgerüstet war. Dieser sei, so lautete die erste Stellungnahme, nicht montiert gewesen. Die Evakuierung habe nur wegen giftiger Treibstoffdämpfe stattgefunden. Erst im Nachhinein wurde eingestanden, daß der atomare Sprengkopf sehr wohl an der Rakete angebracht war.

Die tödlichen Waffenarsenale, mit denen das Pentagon nicht nur das eigene Land, sondern auch Westeuropa und gerade die Bundesrepublik überzogen hat, stellen eine lebensgefährliche Bedrohung dar.

Insofern, als dieser atomare Sprengkopf nicht expolidierte, ist sogar die Aussage von einem „glücklichen Ende" des Unfalls einigermaßen berechtigt. Wäre dieser explodiert und hätten die 1 400 bedrohten Bewohner des Wirkungskreises Leben und Gesundheit verloren, hätte man eben von einem schweren und ganz besonders bedauerlichen Unfall geschrieben und im übrigen weitergemacht wie bisher.

Für alle, die den Frieden wollen, für jeden, der die weiteren atomaren Aufrüstungspläne der NATO kennt, kann das nur heißen, erst recht die Forderung nach einer atomwaffenfreien Bundesrepublik zu erheben, wie dies im Friedensplan der KPD getan wird.

Beschlagnahmebeschluß gegen Plakat wieder aufgehoben

Der „VOLKSFRONT-Stier" ist wieder da!

Landgericht Hamm hebt Beschluß des Amtsgerichts Dortmund auf

HAMM.— Am Montag dieser Woche gab das Landgericht in Hamm der Beschwerde der VOLKSFRONT gegen den Beschluß des Amtsgerichts Dortmund über die Beschlagnahme des Wahlplakats mit dem Stierbild statt.

Das Plakat, auf dem Franz Josef Strauß als Stier karikiert wird, war vom Amtsgericht Dortmund in völlig willkürlicher Weise für beschlagnahmt erklärt worden. Aufgrund dieses Beschlusses war das Plakat in vielen Städten der ganzen Bundesrepublik von der Polizei abgeräumt worden, oder aber von VOLKSFRONT-Wahlhelfern in Eilaktionen überklebt.

Nur für bestimmte bayerische Städte hatten andere gerichtliche Beschlüsse gegolten, in allen anderen Orten war der nun aufgehobene Dortmunder Beschluß Grundlage der Wahlbehinderungen gewesen.

Das Landgericht hob nun diesen Beschluß auf, mit einer Begründung, die dessen willkürlichen Charakter nur noch einmal deutlich unterstreicht: da der Betroffene, also Franz Josef Strauß selbst gar keinen Strafantrag gestellt hätte, sei der Beschluß aufzuheben. Bei einer Änderung der Lage, also wenn Strauß Anzeige erstattet, muß ein neuer Beschluß herbeigeführt werden.

Das relativ breite Echo in der Presse, das den „Stier" so bekannt machte und die fleißige Arbeit der VOLKSFRONT-Wahlhelfer (die von verschiedensten Reaktionären verleumdet wird) haben sicherlich ihren Teil dazu beigetragen, daß sich die Justiz wenigstens an die eigenen Regeln hält.

Letzte Meldung:

Totales Demonstrationsverbot in Bremen!

Für Mittwoch, den 24. September, wurden von der Bremer Polizei alle geplanten und angekündigten Demonstrationen gegen den dortigen Strauß-Auftritt verboten! Der Bremer Senat mit seiner SPD-Mehrheit begrüßte diesen Beschluß in einer Presseerklärung.

Konkret davon betroffen ist eine angemeldete Demonstration an der sich zahlreiche demokratischen Organisationen beteiligen wollten. Neben der VOLKSFRONT wollten unter anderem der Landesjugendring und der AStA der Universität mobilisieren, der Zug sollte sich durch die Innenstadt, entfernt vom Ort der Strauß-Kundgebung bewegen! So weit geht die SPD-Führung: friedliche Demonstrationen gegen Strauß werden verboten!

Demonstrationen in verschiedenen Städten

Protest gegen die türkische Militärdiktatur

Gemeinsame Aktionen mit deutschen Antifaschisten

DORTMUND. — Auf den Aufruf der Auslandsorganisation der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP) und anderer revolutionärer Organisationen aus der Türkei hin fanden am letzten Wochenende zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Militärputsch in der Türkei statt. Diese Aktionen wurden auch von der KPD und der VOLKSFRONT unterstützt.

Mehrere Tausend Teilnehmer waren es insgesamt, die sich an den verschiedenen Demonstrationen beteiligten, in der Mehrzahl Antifaschisten aus der Türkei. Die größte Teilnehmerzahl hatte die Demonstration in Köln mit über 2 000 Menschen. In Stuttgart beteiligten sich über 600 Antifaschisten, in Hamburg und Westberlin jeweils über 300.

Angesichts der breiten Propaganda in allen westdeutschen Medien, die türkischen Generäle seien Demokraten ist diese Beteiligung als ein Erfolg zu werten.

Die fortschrittlichen Menschen unseres Landes, die teilweise der sozialdemokratischen Propagandakampagne erlegen sein mögen, werden zunehmend darauf aufmerksam, daß dies trotz aller gegenteiligen Behauptungen ein faschistischer Militärputsch ist.

Die am Wochenende erlassenen Sondervollmachten für den Kampf gegen den „Terrorismus" zeigen den wahren Charakter von Kenan Evrens Junta: sie richten sich gegen alle fortschrittlichen politischen und gesellschaftlichen Organisationen des Landes.

Reichsbahnerstreik in Westberlin: Illegale westliche Einmischung als Vorwand

Revisionisten reagieren mit Hetze und Gewalt

WESTBERLIN. — Der Streik der Westberliner Reichsbahner brachte am letzten Wochenende eine Konfrontation zwischen Westberliner und Reichsbahnpolizei. Spätestens mit diesem Ereignis wurde die politische Propaganda, die von der DDR wie der Bundesrepublik betrieben wird, entscheidend verstärkt.

Die streikenden Reichsbahner fordern ihre finanzielle und soziale Besserstellung, wobei sie den Standard der westdeutschen Eisenbahner im Auge haben.

Die Reichsbahnverwaltung hat von Beginn an bis zum aktuellen Stand jede Bereitschaft zu Verhandlungen verweigert. Stattdessen wurde mit Entlassungen gedroht.

Anstatt zwischen berechtigten Forderungen der Arbeiter und den illegalen westlichen Einmischungen zu unterscheiden, schlagen die Berliner Revisionisten und in ihrem Gefolge die DKP den entgegengesetzten Kurs ein: sie verleumden die Streikenden als Verbrecher, Terroristen, Gesindel.

Propagandabeschimpfungen in übelster Mundart, das ist alles, was zum Beispiel die UZ der DKP zu melden hat. Zuerst ganz verschweigen, dann herunterspielen und dann die Westagentenbehauptung — das ist genau dasselbe Muster revisionistischer Propaganda wie bei den Streiks in Polen.

Diesem Druck müssen die Arbeiter, wenn sie ihre Forderungen durchsetzen wollen, genauso widerstehen wie den natürlich vorhandenen Versuchen der BRD-Organe, sich in ihren Arbeitskampf einzumischen.



Streikende Reichsbahnarbeiter in Westberlin.

Kommentar

Im Endspurt beim Kampf um das Bonner Kanzleramt mobilisiert der Kandidat aus München gegenwärtig seine letzten Reserven. Vor Wochen schon wurde eine „Initiative Gastarbeiter für Strauß" ins Rennen geschickt. Die war bald als ein Geschöpf bekannter italienischer Neofaschisten enttarnt.

Bemerkenswerterweise nahmen weder die bürgerlichen Medien noch die SPD Anstoß an der faschistischen Wahlhilfe für Strauß. Dergleichen wird hierzulande offenbar schon längst für eine normale und alltägliche Sache angesehen. Schlagzeilen dagegen machte der Antritt einer anderen Straußschen Hilfstruppe. Am Sonntag ließen die katholischen Bischöfe in allen Kirchen einen sogenannten Hirtenbrief verlesen, dessen Aussagen ganz unverhohlen aus dem Wahlprogramm der Unionsparteien abgekupfert waren. Da wurden nicht nur die alten Ladenhüter der schwarzen Reaktion wie der Paragraph 218 oder die Reform des Scheidungsrechtes einmal mehr aufgetischt.

Die schwarzen Hilfstruppen des F.J. Strauß

Daß es sich bei den entsprechenden von der sozialliberalen Koalition durchgesetzten Gesetzen um Teufelswerk handelt, hat sich die katholische „Herde" von ihren „Hirten" schon oft sagen lassen müssen. Der Brief vom vergangenen Sonntag jedoch hat solche klerikale Hetzpropaganda in eine Wahlempfehlung für den 5. Oktober umgemünzt. Und die Bischöfe wurden in ihrem Hirtenbrief noch deutlicher. Sie gaben auch dem Wahlkampfschlager der Strauß-Partei den höchsten Segen und erklärten die hohe Staatsverschuldung zu einer gotteslästerlichen Sünde.

Es war das erste Mal seit den frühen 60er Jahren, daß die Bischöfe vor einer Bundestagswahl in so eindeutiger Form von den Kirchenkanzeln aus von ihrer „Herde" die Stimmabgabe für die Unions-Parteien gefordert haben. Die Herren in der Soutane berufen sich dabei auf ihre moralische Pflicht. Ein äußerst durchsichtiges Manöver. Denn warum haben sie sich nicht zu den brennenden Problemen geäußert, die gegenwärtig auch den katholischen Werktätigen auf den Nägeln brennen. Es hätte wahrhaftig genug Themen — von der Massenarbeitslosigkeit bis zum Abbau der Reallöhne. Über all das aber schweigt sich die schwarze Reaktion diskret aus.

Das ist nur zu verständlich. Sonst würde ja vielleicht öffentlich darüber diskutiert, wer denn den Kirchen das Recht gibt, sich in diesem Jahr mit einer runden Milliarde aus dem Staatshaushalt zu bedienen. Eine runde Milliarde, mit der die Bischöfe ihre vom Geist des finstersten Mittelalters triefende Propaganda finanzieren können: gegen die Koop-Schule, gegen den Sexualkundeunterricht, gegen jede Form der Abtreibung und dergleichen mehr. Aus diesen unerschöpflichen Geldquellen aber läßt sich auch der von den Bischöfen betriebene Wahlkampf bezahlen, der sicher in seinen Appellen an die niedrigsten Instinkte der „Herde" noch effektiver ist als die Verlesung des Hirtenbriefes. So werden in den Wochen vor der Wahl jeweils 1,5 Millionen Exemplare der „neuen bildpost" verteilt, in denen etwa Kanzler Schmidt den Kirchgängern als „Abtreibungskanzler" vorgestellt und damit in die Nähe eines Teufels in Menschengestalt gerückt wird.

Und was unternimmt die Regierungskoalition, was unternimmt die SPD gegen diese dreist auftrumpfenden schwarzen Hilfstruppen des Franz Josef Strauß? Schmidt zeigt sich erbost, Bahr bereitet seinen nächsten Gang vor die sogenannte Schiedsstelle des Bischofs Kunst vor. Aber man will sich beileibe nicht anlegen mit den Herren in der Soutane. Justizminister Vogel warnt schon davor, „Gräben aufzureißen" gegenüber der klerikalen Reaktion. Kriegsminister Apel sieht den Feind sowieso an ganz anderer Stelle. Er hat nämlich nur etwas dagegen, „wenn die Herren im Talar nach Brokdorf marschieren".

Und so ist es auch nicht verwunderlich, daß sich gegenwärtig alle SPD-Größen — von Wehner über Matthöfer bis zu Loderer — im Streit um den Hirtenbrief als aktive Christen präsentieren; daß sie die Straußschen Parolen von einem angeblich geplanten Zudrehen des Finanzhahns für die Kirchen empört zurückweisen. Gerade das aber hat sich doch jetzt im Zusammenhang mit der offenen Strauß-Propaganda durch die Bischöfe wieder als eine dringende Notwendigkeit erwiesen. Man muß die finanziellen Quellen der schwarzen Reaktion trockenlegen. Mit welchem Recht beansprucht sie Milliardensubventionen vom Staat? Mit welchem Recht nimmt sie Privilegien wie die Befreiung von Grundsteuern und Gerichtskosten in Anspruch?

Unsere Partei fordert in ihrem Aktionsprogramm die „vollständige Trennung von Kirche und Staat". Und diese Forderung durchsetzen heißt, einer immer noch starken Kampftruppe der äußersten Reaktion ein gutes Stück ihres Nährbodens zu entziehen.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Nazis freigesprochen Antifaschistin verurteilt

Gerichte üben Gesinnungsjustiz!

Skandalurteile müssen revidiert werden!

BOCHUM/UNNA.— Zwei Gerichtsurteile innerhalb weniger Tage beweisen in selten gekannter Klarheit den Charakter der westdeutschen Justiz, die auf dem rechten Auge blinder als je ist, während nach links um so heftiger geschlagen wird.

In Bochum wurde die Gewerkschaftsfunktionären Roswitha Wolf, Mitglied des Präsidiums der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) von einem Gericht verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte sie aufgrund eines Verlangens der NPD angeklagt. Die Nazis fühlten sich durch ein Flugblatt „beleidigt" in dem geschrieben war, die NPD sei eine Nachfolgepartei der Hitlerschen NSDAP und die NPD-Zentrale in Bochum/Wattenscheid sei eine „Nazi-Hochburg". Das Gericht urteilte, daß diese Äußerung tatsächlich den Tatbestand der Verleumdung erfüllten!

Nazis also dürfen nicht mehr Nazis genannt werden. Geschehen 1980 vor einem Gericht im sozialdemokratisch beherrschten Ruhrgebiet. Zu einer Zeit, da die NPD in der direkten Hitler-Tradition ihre offen rassistische Kampagne gegen Ausländer organisiert, wird sie gerichtlich vom mehr als berechtigten Nazi-Vorwurf freigesprochen! Dieses Urteil wurde zur selben Zeit gefällt, da alle politischen Parteien, sei es nun aus Überzeugung oder aus Opportunismus diese Kampagne verurteilen, da zahlreiche gesellschaftliche Verbände und Organisationen gegen diese Kampagne protestierten.

Nur wenige Tage später in Unna: Fünf Mitglieder der Harting-Bande werden von einem Jugendgericht freigesprochen. Sie hatten Mitte Mai des letzten Jahres zwei tschechische Fernsehjournalisten überfallen, die auf ihrem Gut „Bärenbräucker" bei Kamen filmen wollten.

Bei den beiden Fernsehmännern aus der CSSR handelt es sich, wohlbemerkt, um offiziell akkreditierte Journalisten. Im Anschluß an eine antifaschistische Demonstration wollten sie Harting in seinem militärischen Ausbildungslager interviewen. Sie wurden von fünf Schlägern überfallen, ihre Kamera zerstört.

Die Mitglieder der Nazi-Bande Hartings, zusammengesetzt aus NPDlern und jungen langem für ihre terroristisches Umfeld bekannt ist, die zu jenen Tarngruppierungen der Nazis gehört, die der NPD eine einigermaßen „weiße" Weste erhalten sollen, indem sie die Schmutzarbeit unter anderem Namen machen.



Jungnazis bei der Demonstration in Kamen — danach überfielen sie die CSSR-Journalisten.

„Nationaldemokraten" vor Gericht so tun, als wären sie zuhause. Harting betrieb in seiner Abschlußrede offiziell NPD-Wahlwerbung, in den Zuschauerreihen saßen Jungnazis in Uniform, ein Fotograf wurde auf den Korridoren von den Nazis überfallen, die Zeugen vom Richter verunsichert.

Das Gericht stellte zwar fest, daß die polizeilichen Ermittlungen von „gravierenden Unterlassungssünden" geprägt gewesen seien, aber beim Freispruch (mangels Beweisen) kümmerte das dann wenig. Die Polizei hatte weder genau untersucht wer überhaupt an dem Überfall beteiligt gewesen war, noch eine Hausdurchsuchung vorgenommen, weil sowieso zahlreiche Anwesende bereits abgereist gewesen wären(!).

Auf diese Weise kamen also die mangelnden Beweise zustande, die dann zum Freispruch führten. Zum Freispruch für eine Bande, die seit

Ihr Schlägerüberfall auf die CSSR-Fernsehleute wurde also nicht verurteilt, Prügel, Schaden und politischer Terror ungesühnt. Im Gegensatz zu Frau Wolf, die 250 Mark Geldstrafe bezahlen muß, hat dieses Verhalten also die „Grenzen zulässiger politischer Auseinandersetzung" nicht überschritten.

Die Bilanz dieser beiden Prozesse also: wenn Nazis prügeln ist das erlaubt, wenn man sie Nazis nennt ist das verboten. Eine sogenannt unabhängige Kraft, die Justiz, in der Bundesrepublik begründet aus einer Tradition mit Richtern der Freislerschen Schule betätigt sich, einmal mehr, als Vorreiter reaktionärter Maßnahmen.

Diese beiden Urteile sind ein einziger Skandal! Aus ihnen spricht geradezu klassisch die Gesinnung der Klassenjustiz: Alles ist gut, was den reaktionären und revanchistischen Bestrebungen der Herrschenden nützt, ungesetzlich ist alles, was dem entgegensteht.

„Extremistenbekämpfung" in Bayern

Zwangsgeld gegen DGB-Funktionär verfügt

Faschisten bleiben unbehelligt

BAMBERG. — Ein Zwangsgeld in Höhe von 800 Mark hat die Staatsanwaltschaft gegen Josef Haarkötter, den DGB-Kreisvorsitzenden in Bamberg, verfügt. Das „Verbrechen" des Gewerkschafters: Er hatte der Polizei alarmierende Tatsachen über faschistische Umtriebe im Raum Bamberg mitgeteilt, seinen Informanten jedoch nicht nennen wollen.

Haarkötter selbst ist wegen seiner engagierten antifaschistischen Haltung zum Terrorobjekt der braunen Banden geworden. Wie der RM bereits berichtete, ist er von den Faschisten telefonisch mit dem Tod bedroht worden. Und wie ernst solche Drohungen zu nehmen sind, hat ja nicht zuletzt der Bombenterror der „Deutschen Aktionsgruppen" gezeigt. Staatsanwaltschaft und Polizei in Bamberg jedoch sahen sich nicht zum Handeln veranlaßt. Im Gegenteil: Sie leugneten schlichtweg überhaupt die Existenz von faschistischen Banden in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Der DGB selbst machte dann, was eigentlich Aufgabe der Staatsorgane wäre. Er ermittelte und konnte umfangreiches Beweismaterial gegen die „Hitler-Jugend Gaustadt" vorlegen. Aber auch jetzt noch erklärte die Polizei frech, faschistische Umtriebe gäbe es nicht. Als dann Haarkötter Tatsachen über eine gefährliche Verbindung zwischen den Neonazis und starken Rockergruppen vorlegte, schritt die Staatsanwaltschaft endlich ein — **aber nicht gegen die Faschisten, sondern gegen den Gewerkschaftsfunktionär.** Weil Haarkötter seinen Informanten in dieser Angelegenheit nicht nennen wollte — er hat ihm die Geheimhaltung seines Namens ehrenwörtlich zusichern müssen — wurde das erwähnte Zwangsgeld verhängt. Der Gewerkschafter weist zu Recht darauf hin, daß die Ermittlungen nicht vom Namen des Informanten abhängen. Er habe der Polizei Tatsachen mitgeteilt, die ausreichten, um erfolgreiche Ermittlungen einzuleiten. Haarkötter: „Warum wendet sich die Staatsanwaltschaft statt dessen gegen mich? Mein Ehrenwort werde ich jedenfalls nicht brechen, auch wenn der Staatsanwalt mir Haft bis zu sechs Monaten angedroht hat."

Die Ereignisse von Bamberg werfen ein grelles Licht auf die „Extremistenbekämpfung" im Land des Franz Josef Strauß. Sie erklären auch, warum Innenminister Tandler immer wieder sagt, in Bayern gäbe es keinen „Rechtsextremismus". Die besorgniserregenden faschistischen Aktivitäten werden eben — wie im Bamberger Fall — geleugnet, und können sich so unter der wohlwollenden Duldung der Strauß-Behörden ungehemmt entfalten. Stattdessen schlagen die bayrischen Staatsorgane wie gehabt auf alles ein, was nur irgendwie links uns fortschrittlich ist. Wie der Fall Haarkötter zeigt, scheuen sie inzwischen nicht einmal mehr vor brutalen Angriffen auf Funktionäre des dGB zurück.

Man kann sich anhand der Bamberger Ereignisse leicht ausmalen, wie es in unserem Land unter der Kanzlerschaft eines Franz Josef Strauß aussehen würde.

Bundeswehr — immer in „bester" Gesellschaft

AHLEN.— Nach einer Mitteilung des Organs des Bundeswehrreservistenverbands e.V. hat die Bundeswehr einmal mehr einen interessanten Gast: beim Jägerbataillon 3/441 in Ahlen absolviert der Südkoreaner Kim Tae Shik eine mehrwöchige Offiziersausbildung bei der Bundeswehr. Nachdem bereits in der Vergangenheit für Pinochet und den Schah Offiziere ausgebildet wurden nun also auch für die südkoreanische faschistische Junta.

Hoechst AG Frankfurt

Riesenumsätze mit Arzneimitteln

Während die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik immer miserabler wird, steigen die Umsätze der Pharma-Firmen, deren Geschäft die Krankheit ist, ins Astronomische. Die Frankfurter Hoechst AG, ein Ableger der berüchtigten Auschwitz-Firma IG-Farben, will bis 1988 ihre Arzneimittelumsätze verdoppeln.

Hoechst hat sich heute bereits zum größten Arzneimittelkonzern der Welt entwickelt — vor der Bayer AG, die den zweiten Platz belegt, und verschiedenen US-amerikanischen und Schweizer Firmen. Die errungene Position in diesem lukrativen Geschäft will der Chemie-Konzern weiter ausbauen, indem er seinen Einfluß auf die ausländischen Märkte vergrößert und indem er den Pharma-Anteil an seiner Produktion laufend erhöht: Bis 1988 will Hoechst jährlich Arzneimittel im Wert von 6,8 Milliarden Mark verkaufen, das bedeutet gegenüber 1980 eine Verdoppelung der Verkäufe.

Bei seiner Produktoffensive setzt Hoechst insbesondere auf die Entwicklung neuer Produkte. Besonders die Herstellung von Antibiotika und Diuretika, aber auch Psychopharmaka sowie Antidiabetika und Herz-Kreislauf-Medikamenten wird forciert.

Kostendämpfung

Nach den Wahlen kommt das Zahlen

Nach den Wahlen kommt das Zahlen — dieser Spruch gilt auch für das Gesundheitswesen. Gegenüber der „Süddeutschen Zeitung" erklärten Sprecher der SPD- und der FDP-Fraktionen im Bundestag, daß die Koalitionsparteien einen neuen „Vorstoß zur Kostenbegrenzung im Krankenhaus" für unvermeidlich halten. Nach einem Wahlsieg soll die Möglichkeit neuer Maßnahmen zur Begrenzung der Krankenkassenausgaben überprüft werden. Bundesarbeitsminister Ehrenberg erklärte, er werde nach der Bundestagswahl alles daransetzen, den Krankenhausbereich in das Kostendämpfungsgesetz mit einzubeziehen.

Während den Konzernen und ihren Parteien Millionen und Milliarden an Steuermitteln in den Rachen geworfen werden, wird die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung — ein wichtiger Bestandteil der oft beschworenen „Lebensqualität" — immer mehr beschnitten.

Anfang September trat der Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, vor der Öffentlichkeit mit ebenso dummen wie schmutzigen Verleumdungen gegenüber der VOLKSFRONT hervor. Er erklärte, daß zum Aufstellen von 120 000 bis 140 000 Wahlplakaten innerhalb von zehn Tagen höchstens eine Partei mit 1 Million Mitgliedern, nicht aber die VOLKSFRONT — „die ehemalige KPD/ML" (Bahr) — in der Lage sei. Die Materialkosten allein — so Bahr — beliefen sich auf mehrere Millionen Mark — eine Summe, die die VOLKSFRONT nicht aufbringen könne. Bahr deutete an, finstere Hintermänner aus dem Umkreis von Strauß würden die VOLKSFRONT finanzieren.

Auf die ungeheuerlichen Absonderungen dieses Bahr ging der „Rote Morgen" in der letzten Woche in dem Artikel „Die Millionen der VOLKSFRONT" ein. Die VOLKSFRONT richtete einen Offenen Brief an Egon Bahr, der die gezielten Falschmeldungen widerlegt. Dieser Brief wurde der Presse zugänglich gemacht und in einer Pressekonferenz am 17. September in Bonn näher erläutert. Anhand von Dokumenten, Rechnungen und ausführlichen Informationen über den Wahlkampf der VOLKSFRONT wurde ganz klar die Unhaltbarkeit der Behauptungen nachgewiesen. Dies geschah in einer Offenheit, wie sie keine andere Partei auch nur ansatzweise praktiziert. Keine Frage blieb unbeantwortet. Anwesend waren: dpa, „Vorwärts", „Stern", „Frankfurter Rundschau", Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, „Die Neue" und der „Rote Morgen". Alle anderen Zeitungen bekamen den Offenen Brief zugestellt. Bislang allerdings hat von den bürgerlichen Zeitungen nur die „Frankfurter Rundschau" das Dementi gebracht, sowie verschiedene Zeitungen, die nicht auf der Pressekonferenz anwesend waren. Eine dpa-Meldung, die per Fernschreiber herausgegeben wurde, wurde von den Zeitungen nicht aufgegriffen.

Im folgenden dokumentieren wir den Offenen Brief der VOLKSFRONT.

Volksfront
GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

Offener Brief an Egon Bahr

(SPD-Bundesgeschäftsführer)



Ulrich Leicht, Geschäftsführer der VOLKSFRONT

Werter Egon Bahr,

wir haben volles Verständnis dafür, daß Sie sich durch Strafanträge gegen die üblen Verleumdungen und Unterstellungen eines Franz Josef Strauß, der Sie in die Nähe von berüchtigten Hitler-Faschisten und -propagandisten rückte, zur Wehr setzen. Dieser Mann ist eine echte Gefahr für die Bundesrepublik. Um so weniger Verständnis aber haben wir dafür, daß gerade Sie in die derzeitige Verleumdungs- und Terrorkampagen gegen unsere Organisation —, die von bundesweiten Beschlagnahmeaktionen ihrer Wahlplakate, organisierter Zerstörung ihrer Werbeträger (Stellschilder), über vorbeugende Festnahmen, Hausdurchsuchungen bei ihren Vorstandsmitgliedern bis hin zur erkennungsdienstlichen Behandlung ihrer Bundestagskandidaten reicht —, einstimmen und ihr Vorschub leisten, indem Sie den Eindruck erwecken, die VOLKSFRONT würde von Strauß finanziert.

Wieso ist es — wie Sie vor der Presse sagten — ein bemerkenswerter Vorgang, bundesweit innerhalb von nur zehn Tagen 120 000 bis 140 000 Plakate zu kleben bzw. mindestens 60 000 Werbeträger (Stellschilder) aufzustellen. So etwas könne nur eine Partei mit einer Million Mitglieder schaffen, wie die SPD, keinesfalls aber die VOLKSFRONT, die Sie mit der KPD/ML gleichsetzen, mit ihren tausend oder zweitausend Mitgliedern. Daher müsse diese Aktion professionell, also durch Werbefirmen erfolgt sein und mehrere Millionen gekostet haben. — Soviel Worte, soviel Unwahrheiten:

1. Wurden seitens der VOLKSFRONT zwar nicht innerhalb von zehn Tagen sondern in rund vier Wochen nicht 60 000 sondern 200 000 Werbeträger (150 000 Stell- und 50 000 Hängeschilder) aufgestellt bzw. angebracht.

2. Wieso sollte dazu nur eine Partei mit einer Million Mitgliedern und nicht 2 000 — und die VOLKSFRONT hat mehr — in der Lage sein? 200 000 durch 2 000, das sind 100 Stellschilder pro Mann. Sie an einem Wochenende aufzustellen, dazu bedarf es keiner Werbefirma, das machen VOLKSFRONT-Mitglieder mit links. Denn sie wissen worum es geht.

3. Warum der Versuch der Diffamierung der VOLKSFRONT indem man sie als Nachfolgeorganisation der KPD/ML bezeichnet? Dazu ist zu sagen, daß die VOLKSFRONT weder eine Nachfolgeorganisation noch eine Tarnorganisation der KPD/ML ist — die sich übrigens in KPD umbenannt hat — sondern der freiwillige Zusammenschluß von Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Parteizugehörigkeit mit dem gemeinsamen Ziel des Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Daß sie dabei auch von der KPD unterstützt wird und KPD-Mitglieder in ihren Reihen hat spricht nicht gegen, sondern für sie, wie für die KPD, die dadurch zeigt, daß sie bereit ist über politische und weltanschauliche Grenzen hinweg mit jedem zusammenzuarbeiten, der dagegen ist, daß sich ein neues 1933, ein neues 1939 wiederholen.

Was soll es heißen, wenn Sie davon sprechen, daß allein die Materialkosten für unsere Plakataktion sich auf mehrere Millionen belaufen und indirekt andeuten, man wisse ja woher sie kommen, denn „VOLKSFRONT" sei ja einer der zentralen Vorwürfe der CDU/CSU gegen die SPD. Das liegt auf der gleichen Ebene wie die verleumderischen Angriffe der CDU/CSU gegen ihre Partei. Denn:

1. Belaufen sich die Kosten für die Plakataktion der VOLKSFRONT — durch Rechnungen nachweisbar — auf: 150 000 Stell- und 50 000 Hängeschilder (Platte Stück 1,40DM) zu 280 000DM. 90 000DM für Holzlatten (60 Pfg pro Stellschild). 200 000 Plakate 45 000DM. Für Leim 25 000DM. Kleinmaterial und Anlage zur Fertigung 20 000DM. Fertigungshalle Miete 40 000DM. Macht zusammen 500 000DM. Hinzu kommen Speditionskosten für das Ausfahren der Stellschilder in die Landesverbände 80 000DM und Miete für Kleintransporter 100 000DM. Insgesamt 680 000DM. Arbeitslöhne für die sechs Monate dauernde Herstellung der Schilder, für Ausfahren und Aufstellen fallen nicht an, da sie insgesamt durch den freiwilligen Einsatz der tausende VOLKSFRONT-Mitglieder und -sympathisanten erbracht wurden.

2. 680 000DM sind eine stolze Summe für eine junge Organisation wie die VOLKSFRONT, die nicht wie die etablierten Parteien, einen Großteil ihres Wahlkampfes durch Steuergelder finanzieren kann. Sie wurde aufgebracht (ganz ist die Summe noch nicht gedeckt) neben den Mitgliedsbeiträgen zum allergrößten Teil durch Spenden, deren Herkunft — im Gegensatz zur Praxis der großen Parteien — in der VOLKSFRONT-Zeitung Monat für Monat veröffentlicht wurden. Sicher, es sind keine Spenden der Großfinanz und -industrie, es sind mühevoll vom Lohn, vom Gehalt abgesparte Summen, das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld, das hier gespendet wurde, um zu verhindern, daß wir und unsere Kinder zum dritten Mal in diesem Jahrhundert auf den Schlachtfeldern eines neuen Völkermordens verbluten.

Offensichtlich gehen Sie, Egon Bahr, bei Ihren Millionenberechnungen von der Praxis der großen Parteien CDU/CSU und SPD/FDP aus, die nach Expertenschätzungen rund 300 Millionen Mark für den jetzigen Wahlkampf ausgeben. Wir klagen sie der Verschwendung von Steuergeldern der Bundesbürger an! Sollen die großen Parteien — wie die VOLKSFRONT — ihre Wahlkampfausgaben und -spenden offenlegen, damit der Bundesbürger beurteilen kann, wie sie wirtschaften und wer hinter ihnen steht.

Es ist schon ein starkes Stück, wenn wir Steuerzahler den Wahlkampf der CDU/CSU oder z.B. die Anti-Ausländer-Kampagne der NPD gezwungenermaßen mitfinanzieren müssen. Dieser faschistischen Partei, der man seitens des Staates großzügig die Rückzahlung ihres Wahlkostenvorschusses von 700 000DM, den sie 1976 erhielt, bis heute zinslos stundete. 700 000DM mit denen sie jetzt ihre Ausländerhetze, die bereits zwei Todesopfer forderte, finanziert.

Wir hätten kein Wort zu den Verleumdungen der VOLKSFRONT gesagt, wären sie von der CDU/CSU, nicht aber von Egon Bahr gekommen, einem Mann, der selbst den übelsten Verleumdungen der CSU-Kamarilla ausgesetzt ist. Doch halten wir es für absolut unzulässig und der Praxis der CDU/CSU entsprechend, jedem, der nicht für die SPD ist, zu unterstellen, er sei damit für Strauß. Wir haben einfach kein Vertrauen mehr und es satt zum allerallerletzten Mal die SPD zu wählen. Den Machtantritt eines Strauß und seiner Partei, eines Mannes, der den Faschisten Türkes, Organisator der Grauen Wölfe, willkommen hieß, der enge Beziehungen zur griechischen Junta und spanischen Faschisten pflegte und das Chile Pinochets als „demokratisches und freies Land" pries, die Gefahr, die da auf uns zukommt, verhindert man nicht, wie die Erkenntnisse von 1933 beweisen, durch sogenannte freie Wahlen —, wie frei sie sind spüren wir am eigenen Leibe —, sondern nur durch das gemeinsame entschlossene Handeln aller Antifaschisten in einer Front des Volkes. Wobei wir Strauß nicht mit Hitler vergleichen möchten, sie unterscheiden sich schon in der Figur.

Werter Egon Bahr, wir erwarten Ihre Antwort. Wir möchten Ihnen und allen ehrlichen SPD-Genossen zu bedenken geben, ob es gut ist, die bereits einmal vor 1933 gemachten Fehler, den Gegner zu unterschätzen, nicht rechtzeitig die antifaschistische Einheitsfront herzustellen, zu wiederholen. Handeln wir, bevor es morgen oder übermorgen wieder zu spät ist.

Mit freundlichen Grüßen
VOLKSFRONT
gegen Reaktion, Faschismus
und Krieg
Geschäftsführer
Ulrich Leicht

VOLKSFRONT-Wahlbehinderung in Gelsenkirchen

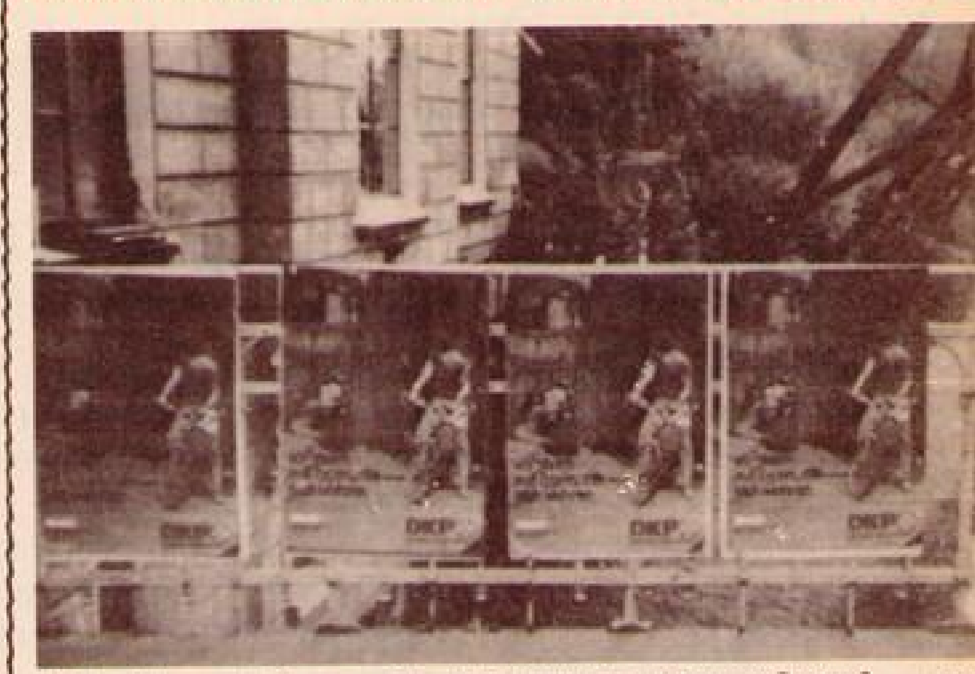
5-Prozent-Klausel für Wahlplakate

Aufgrund eines von der Stadt Gelsenkirchen erwirkten Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 12.9.1980 ist der VOLKSFRONT von der Stadt Gelsenkirchen die Aufstellung von 1 400 Werbetafeln verboten bzw. ihre sofortige Abräumung angeordnet worden. Entgegen verfassungsrechtlichen Grundsätzen erhielt die Organisation vor dem Zustandekommen dieses Beschlusses nicht einmal Gelegenheit zu einer eigenen Stellungnahme.

Der Kern des skandalösen Beschlusses ist folgende Begründung:

Für die VOLKSFRONT sei **ein** Plakat für jeden Stimmbezirk genug. Damit könne sie ausreichend werben. Da sie eine kleine Organisation sei, dürfe sie auch nur wenig Werbemöglichkeiten haben. Wer klein ist, soll also klein bleiben. Das also nennt sich „Prinzip der abgestuften Chancengleichheit"(!) und ist nichts anderes als die undemokratische 5-Prozent-Klausel bereits vor der Wahl. Die großen Parteien können für Tausende von Mark, die wir ihnen aus Steuermitteln zahlen müssen, ganze Plakatwände reihenweise für ihre Eigenwerbung mieten; gleichzeitig wird jedoch einer kleinen Partei wie der VOLKSFRONT jegliche Chance genommen, sich auch nur einigermaßen zur Geltung zu bringen.

Nicht anders als die Christ-Sozialen..



„Wir stehn auf Typen, die sich wehren. Stoppt Strauß — gegen rechts" stand auf Plakaten der DKP in Wuppertal zu lesen (oben). Allerdings — die Sache hatte einen Haken. Richtiger hätte es heißen müssen: „Wir überkleben Typen, die sich wehren. Stoppt VOLKSFRONT — gegen links." Denn mit ihren Plakaten hatte die DKP lediglich die Plakate der VOLKSFRONT überklebt (unten). Nicht anders als die Christsozialen führen die angeblichen Kommunisten von der DKP, die in Wirklichkeit Spalter des antifaschistischen Kampfes sind, ihren Wahlkampf gegen die VOLKSFRONT. Die blauen Plakate „Stoppt Strauß!", „Nie wieder Faschismus!", „Arbeit für jeden!", „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!" und „Strauß stoppen, heißt nicht Schmidt wählen!" sind ihnen ein Dorn im Auge.



Spendet für die

Volksfront

GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Zelle Klöckner, Bremen	DM 250,-
KPD Düsseldorf	1 500,-
Rote Garde Hessen (Veranstaltung zum IV. Intern. Jugendlager)	99,65
Spende aus Mülheim	111,-
insgesamt	DM 2 160,65
Stand der Spendenkampagne am 22. 9. 80 DM	80 221,77

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Liebe Genossen,
die Beschlagnahmeaktionen und die anderen Schikanen gegen die Wahlbeteiligung der VOLKSFRONT haben ein verhältnismäßig großes Loch in die Wahlkampfkasse der VOLKSFRONT gerissen.

Deshalb rufen wir heute noch einmal alle Freunde und Genossen unserer Partei auf: Tun wir unser Teil dazu, daß das Spendenziel der VOLKSFRONT:

400.000,— DM bis zum 12.10.80

erfüllt wird. Das Geld wird dringend benötigt.

Bitte überweisen an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420 - 467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

Gedanken zu einem außergewöhnlichen Gewerkschaftstag

Die „Schlacht von Mannheim“ — eine Episode?

Die sogenannte „Schlacht von Mannheim“ ist vorbei. Hauenschild und seine Gefolgsleute lassen sich als „Sieger auf der ganzen Linie“ feiern. Zugegeben: Der Versuch der Opposition um Plumeyer und Patschkowski, in die Festung der „Hauenschild-Mafia“ eine Bresche zu schlagen, ist vorerst gescheitert. Es gelang der Opposition nicht einmal, die eigenen Stellungen zu verteidigen und die Beseitigung Plumeyers aus der IG—Chemie-Führung zu verhindern. Auf der anderen Seite aber mußten Hauenschild und Konsorten Prügel einstecken, die nicht von schlechten Eltern waren.

Die reaktionären Bonzen mußten den Rückzug im gewerkschaftspolitisch äußerst wichtigen Satzungsstreit antreten. Ihr Angriff auf elementare Bausteine der ohnedies stark verstümmelten innergewerkschaftlichen Demokratie wurde gestoppt. Aber nicht nur darum ging es bei der Bestellung sogenannter betrieblicher Vertrauensleute. Hauenschild und die „Mafia vom Leverkusener Autobahnkreuz“hatten den Lebensnerv der Einheitsgewerkschaft im Visier: die gewerkschaftliche Autonomie!

Angriff auf die gewerkschaftliche Autonomie

Was anderes als die Zerstörung der gewerkschaftlichen Autonomie ist es, wenn man die Grund- und Basisorganisation der Gewerkschaft, ihr Standbein im Betrieb, die gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper nämlich mit einer von den Unternehmern abhängigen, auf Unternehmerinteressen verpflichteten antigewerkschaftlichen Institution verschweißt, wie es die sogenannten betrieblichen Vertrauensleute schließlich vom Wesen her sind?

Daß die oppositionellen Funktionäre um Plumeyer und Patschkowski dieses ungeheuerliche Komplott der Hauenschild-Mafia gegen die IG Chemie nicht mitgemacht und dagegen den Widerstand organisiert haben, muß ihnen hoch angerechnet werden! Wenn Hauenschild und Co. der Opposition unterstellte, sie wolle „eine neue, andere IG Chemie“, so ist das nicht nur demagogisch, sondern auch zynisch bis dorthinaus! Niemand anderer als Hauenschild und seine Spießgesellen selbst sind es doch, die schon seit langem auf eine „neue IG Chemie“ hinarbeiten, auf ihre Umwandlung aus einem Kampfverband der Lohnabhängigen in eine neue Art von sozialpartnerschaftlichem Gemeinschaftssyndikat.

Angesichts dieser Tatsachen waren die Angriffe der oppositionellen Delegierten auf Hauenschild und seine Gruppe, ihre für einen Gewerkschaftstag immerhin bislang beispiellosen Vorwürfe gegen eine amtierende Gewerkschaftsführung, noch vergleichsweise zurückhaltend und milde!

Wer sind die Spalter?

Demagogisch beschimpfte Hauenschild die Kollegen um Plumeyer und Patschkowski als Spalter, als Zerstörer der Geschlossenheit und Kampffähigkeit der IG Chemie. Einer von Hauenschilds Spießgesellen ging sogar soweit, die Opposition mit Wegbereitern des Faschismus gleichzusetzen. Er zog den Vergleich mit der Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung von 1933 und der dadurch begünstigten Machtergreifung des Nazi-Faschismus. Welch zynische Verkehrung der Realität!

Wer ist denn hier der Spalter? Etwa derjenige, der sich gegen die Machenschaften einer arbeiterfeindlichen Führung, gegen die Mißachtung grundlegender gewerkschaftlicher Normen und die Zerstörung von Eckpfeilern der Einheitsgewerkschaft wehrt? Wer zerstört denn die Gewerkschaftseinheit? Vielleicht diejenigen, die die Zusammenarbeit der Bonzen mit den Unternehmern und die betrügerische Ideologie der Sozialpartnerschaft bekämpfen?

Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Und was die Gewerkschaften vor 1933 betrifft, so waren es die Vorläufer und Lehrmeister der Hauenschild und Co., die Leipart, Tarnow und Konsorten, die den ADGB gelähmt und gespalten, die ihn der Zerschlagung durch den Hitler-Faschismus preisgegeben haben.

Es wird jetzt viel davon geredet, daß auf dem Mannheimer Kongreß eine Kluft in der IG Chemie aufgebrochen sei. In Wahrheit aber ist diese Kluft keineswegs erst durch die tumultartigen Auseinandersetzungen in Mannheim entstanden. Eine unüberbrückbare Kluft zwischen der Basis und der reaktionären Führung hat sich in der IG Chemie schon seit langem entwickelt.

Was neu ist, das ist der Umstand, daß sich diese Kluft auf einem Gewerkschaftstag widerspiegelt. Neu ist, daß lange schwelende Differenzen um grundlegende gewerkschaftspolitische Positionen nun auch unter Funktionären, ja sogar unter Spitzenfunktionären öffentlich ausgetragen werden. Und das ist nicht etwa ein Beinbruch. Es schadet keineswegs der Gewerkschaftseinheit, wie die DKP-Führer jammern. Dies schafft im Gegenteil erst die Voraussetzungen, um die Krankheit zu behandeln und zu heilen!

Wir Kommunisten sind der Meinung, daß man den Kurs Hauenschilds, den Kurs der Sozialpartnerschaft in Mannheim noch offensiver, umfassender und auch tiefgehender hätte angreifen und entlarven müssen, als dies von den oppositionellen Delegierten getan wurde. Vor allem hätten wir es für notwendig gehalten, daß als positive Alternative eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik konkret entwickelt und dargelegt worden wäre. Wir halten es aber auf jeden Fall für ein Verdienst der Gruppe um Plumeyer und Patschkowski, daß zum ersten Mal seit langem auf einem Gewerkschaftstag in wichtigen Fragen Klartext gesprochen wurde.

Die Fahne des oppositionellen Kampfes entrollen!

Die oppositionelle Gruppe auf dem Gewerkschaftstag wurde als Minderheit abgestempelt. Sicher — insofern sie offensiv gegen die reaktioänre Führung angetreten war, blieb sie in der Minderheit. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kollegen in den Punkten, wo sie konsequent oppositionelle Standpunkte bezogen haben, die überwältigende Mehrheit der einfachen Gewerkschaftsmitglieder repräsentieren.

Infolge der Verschärfung des Klassenkampfes in den letzten Jahren hat die vielzitierte Basis im gesamten DGB begonnen, gegen die verräterische Gewerkschaftsführung zu rebellieren. Die Linie des Abwiegelns und der faulen Kompromisse, des Sozialpartnerschaftsbetruges, wird nicht mehr einfach geschluckt. Klar — mit dem zunehmenden Druck der Reaktion auf die Gewerkschaften, den Angriffen auf die Einheitsgewerkschaft, attakiert auch die innergewerkschaftliche Reaktion verstärkt die klassenkämpferischen Kräfte und geht zum Angriff auf noch vorhandene Mitgliederrechte über. Das ändert jedoch nichts daran, daß die revolutionären und oppositionellen Kräfte auf dem Vormarsch sind. Der klarste Ausdruck dafür ist die Gründung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition vor zwei Jahren und die seitherige Verbesserung ihrer Positionen und ihres Einflusses in Betrieb und Gewerkschaft.

In Mannheim wurde deutlich, wie kompromißlos die reaktionären Bonzen ihre Machtpositionen verteidigen. Obwohl die Opposition immerhin ein Drittel der Delegierten umfaßte, verhinderten Hauenschild und Co., daß auch nur ein Vertreter der Opposition in den Hauptvorstand gewählt wurde. Zweifellos wird die Hauenschild-Mafia jetzt versuchen, die Opposition im Funktionärskörper völlig auszuschalten und zu zerschmettern.

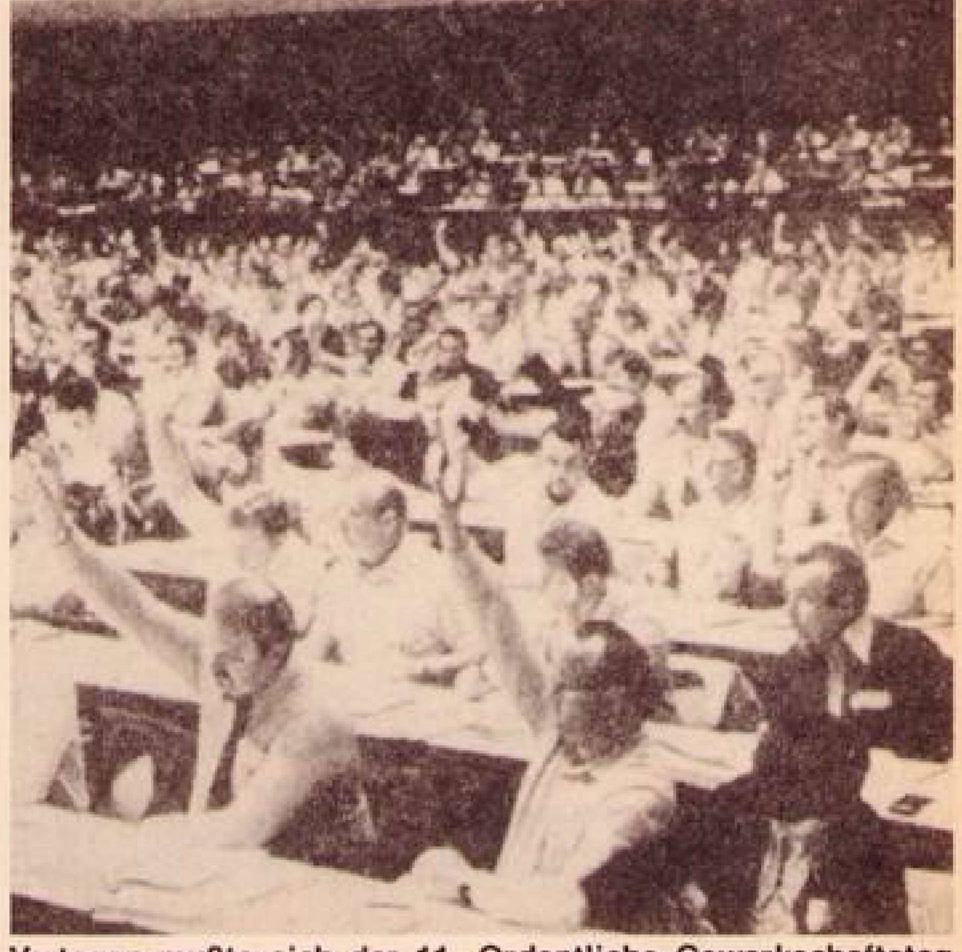
Ob es dazu kommt, oder ob Hauenschild sich die Zähne ausbeißt, hängt vom weiteren Vorgehen der Gruppe um Plumeyer und Patschkowski selbst ab. Der Fall des ehemaligen Mannesmann-Betriebsratsvorsitzenden Herbert Knapp hat gezeigt, daß es auf keinen Fall genügt, den Kampf ausschließlich oder hauptsächlich im Funktionärskörper und in den gewerkschaftlichen Gemien zu führen.

Verhängnisvolle Fehler

Wer diesen Weg geht, ist zum Scheitern verurteilt, auch wenn er dabei kurzfristig spektakuläre Erfolge erzielen mag. Ohne bewußte Unterstützung durch breite Teile der Mitgliedermassen können die aktiven oppositionellen Gewerkschafter letztlich nichts erreichen. Schließlich geht es darum, daß die Mitglieder ihre Gewerkschaft selbst in die Hand bekommen, daß sie sie wieder zu ihrer Waffe im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung machen.

Deshalb muß die Fahne der Opposition vor alle Augen kühn entfaltet werden. Es kann nicht nur um die Eroberung von Funktionen, sondern muß vor allem um die Zerschlagung des ideologisch-politischen Einflusses der reaktionären Gewerkschaftsführung auf die Mitgliedermassen gehen! Die spontane Empörung und Unzufriedenheit mit den Bonzen und ihrem sozialpartnerschaftlichen Kurs, die besonders im Zusammenhang mit den faulen Tarifabschlüssen, den Abwiegeleien und dem Streikbrechertum immer heftiger hervorzubrechen, gilt es auf das Niveau einer bewußten Ablehnung der sozialpartnerschaftlichen Orientierung zu heben, des Bewußtseins über die prinzipielle Unversöhnlichkeit des Interessengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital. Das ist der einzige Weg, um die erforderliche Wende im DGB und seinen Einzelgewerkschaften durchzusetzen.

Von daher wird deutlich, daß jede Halbheit, jedes opportunistische Taktieren verderblich ist, weil dadurch die Positionen der innergewerkschaftlichen Reaktion stabilisiert werden. Stets wirkt es sich verhängnisvoll aus, wenn die Opposition, die die Sache der getäuschten und betrogenen Massen verfechten will, nicht mit offenen Fahnen kämpft, wenn sie in den Fehler verfällt, die großen Ziele und Grundsätze zu verwischen oder im Dunkeln zu lassen, um die es ihr geht und gehen muß. Genau hier liegt einer der wesentlichen Gründe dafür, daß wir Kommunisten unbeirrbar an der Notwendigkeit der RGO festhalten.



Vertagen mußte sich der 11. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik. Tiefgehende Auseinandersetzungen über den Kurs der reaktionären Führungsclique um Hauenschild kosteten so viel Zeit, daß ein Großteil der Anträge und Entschließungen nicht mehr behandelt werden konnte.

Hauenschilds Falle

Hauenschild spekuliert genau mit solchen Halbheiten, mit in sich konsequenten Haltungen der Opposition. Das zeigen seine Ausführungen im Rahmen seines vorläufigen Schlußwortes auf dem vertagten Gewerkschaftstag. Er nannte die schweren Auseinandersetzungen auf dem Kongreß „eine Episode, die wohl sein mußte“; jetzt aber müsse man wieder „aufeinander zugehen“; er selbst sei bereit, „alle Finger auszustrecken“.

Hauenschild schlägt vor: Wir wollen uns umarmen und unseren Streit begraben. Aber um welchen Preis? Hauenschild hat es angedeutet: zunächst müsse „die Minderheit aufhören, darüber zu reden, wie man es das nächste Mal besser machen könne“.

Sich auf diese Umarmungstaktik einzulassen, wäre allerdings Verrat an dem Kampf, den man begonnen hat. Plumeyer und Patschkowski werden sich dessen jedoch bewußt sein. Aber wie soll es jetzt weitergehen, wie kann die Niederlage von Mannheim verdaut werden?

Um den richtigen Weg einzuschlagen, muß man sehen: in den DGB-Gewerkschaften ist der oppositionelle Kampf heute auf breiter Front entbrannt. Die Niederlage der Opposition von Mannheim wird sich dann als unwesentliche Episode entpuppen, wenn die Kollegen jetzt den begonnenen Weg konsequent weitergehen. Sie sind um eine Menge an Erfahrungen reicher. Mit neuen Waffen und gestützt auf die große Resonanz, die ihr kämpferisches Auftreten in Mannheim in breiten Schichten der DGB-Mitglieder mit Sicherheit ausgelöst hat, sind sie stärker als die Hauenschild-Mafia!

Sozialpartnerschaft oder revolutionärer Klassenkampf — so steht die Frage. Die Zukunft gehört nicht den Bonzen und Karrieremachern, sondern der revolutionären Opposition. Die Widersrpüche zwischen Mitgliedern und Führung werden sich im DGB weiter zuspitzen. Jeder ehrliche Funktionär wird immer unausweichlicher vor die Alternative gestellt: sich entweder der mit der revolutionären Opposition zusammenzuschließen, oder aber scheitern und kapitulieren.

Im Sommer 1971 kam es in der Chemie-Industrie zu einer machtvollen spontanen Streikbewegung, von den Kapitalisten als „wilde Streiks“ bezeichnet. Ursache der spontanen Streiks: Die von den IG-Chemie-Bonzen ausgehandelten Lohnerhöhungen hatten mit der Teuerung nicht Schritt gehalten. Die Arbeiter mußten ohne Gewerkschaft in den Kampf treten, weil die Hauenschild und Konsorten die IG Chemie zum Ordnungsfaktor, zum Instrument ihrer sozialpartnerschaftlichen Kumpanei mit den Kapitalisten gemacht haben. Das Foto zeigt die streikenden Kollegen von Cassella in Fechenheim, einem Tochterunternehmen der Farbwerke Hoechst.

Einführung fester Nachtschicht gestoppt

Hafenarbeiter in Hamburg wehren sich erfolgreich!

Empörung und Warnstreiks gegen Betriebsvereinbarung

HAMBURG. — Warnstreiks und Verweigerung der sonst üblichen Mehrarbeit — mit diesen Kampfschritten boykottieren die Arbeiter der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) erfolgreich eine von den Bossen und Bonzen hinter ihrem Rücken abgeschlossene Betriebsvereinbarung. Die Vereinbarung sieht die Einführung einer festen 3. Schicht als Pflicht-Nachtschicht vor.

Schon seit längerem versuchen die Bosse des größten Hamburger Hafenbetriebes HHLA (4000 Beschäftigte) eine ständige 3. Schicht gegen den Widerstand der Hafenarbeiter durchzusetzen. 3. Schicht bedeutet Nachtschicht. Bisher konnten sich Kollegen freiwillig für die 3. Schicht einteilen lassen.

Jetzt haben die HHLA-Bosse mit dem Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung getroffen, die der Geschäftsleitung die Möglichkeit gibt, alle Beschäftigten im Hafen einmal wöchentlich auf die 3. Schicht als Pflichtschicht zu vermitteln. Darüberhinaus können die 1200 Arbeiter des Burchardkais innerhalb von jeweils sieben Wochen für eine Woche zur ständigen 3. Schicht an diesem Kai verpflichtet werden.

Daß diese Vereinbarung überhaupt möglich war, haben die ÖTV-Bonzen zu verantworten. Beim Abschluß des letzten Rahmentarifvertrages für den Hamburger Hafen haben sie eigens eine besondere Arbeitszeitregelung für den Containerbereich offengelassen, um den Hafenbossen die Möglichkeit zur Durchsetzung einer festen Nachtschicht nicht zu verbauen.

Die Betriebsvereinbarung löste unter den Arbeitern einen Sturm des Protestes und der Empörung aus. Dafür gibt es hauptsächlich zwei Gründe: erstens wird das schon jetzt durch die Schichtarbeit stark geschädigte Familienleben für die Hafenarbeiter durch die Pflicht-Nachtschicht weitgehend zerstört (ganz abgesehen von der Zerrüttung der Gesundheit durch Nachtarbeit). Zweitens wurde von den Betriebsratsspitzen die Betriebsvereinbarung hinter dem Rükken der Kollegen ausgemauschelt und sie wurde dann in einem Überrumpelungsmanöver von der Mehrheit des Betriebsrates verabschiedet.

Die entsprechende Betriebsvereinbarung fand unter merkwürdigen Voraussetzungen statt: Von 27 Betriebsräten waren 11 reguläre Mitglieder abwesend, sie wurden durch Ersatzbetriebsräte vertreten. Auch der RGO-Betriebsrat Wolfgang Weskamp konnte an der Sitzung nicht teilnehmen. Die RGO-Betriebsgruppe hat die Einführung einer festen 3. Schicht immer konsequent abgelehnt.

Die Kollegen am Burchard-Kai reagierten mit spontanen Kampfmaßnahmen: Seit zwei Wochen verweigern die allermeisten konsequent die freiwillige Mehrarbeit, obwohl ihnen dadurch ein großes Loch in die Lohntüte gerissen wird. Die Folge: mehrere große Schiffe blieben über das Wochenende unentladen im Hafen liegen. Bei der Abfertigung aller Schiffe kommt es zu Verzögerungen.

Spontan organisierten die Vertrauensleute Pausenversammlungen. In einem Fall ruhte für anderthalb Stunden die Arbeit. Betriebsratsvorsitzender Soltau und ÖTV-Sekretär Rumpel wurden auf Protestversammlungen ausgepfiffen. Auch die Forderung nach Soltaus Rücktritt wurde laut. Auch in anderen Teilen der HHLA beginnen die Kollegen sich zu solidarisieren, denn sie befürchten, daß der Burchard-Kai nur die Vorreiterrolle für die ständige 3. Schicht spielt.

Die Forderungen lauten: **Weg mit der Betriebsvereinbarung! Sofort neue Verhandlungen! Keine ständige 3. Schicht!** Die HHLA-Bosse sahen sich gezwungen, zurückzustecken. Zunächst wurde die Betriebsvereinbarung auf Eis gelegt. Auch erklärten die Bosse ihre Bereitschaft zu neuen Verhandlungen. Sie verzögern diese allerdings bislang noch.

Die RGO-Betriebsgruppe hilft aktiv den Kampf zu organisieren. Betriebsrat Weskamp spricht auf allen großen Versammlungen und stärkt den Kollegen den Rücken. Mit mehreren Flugblättern informierte die RGO die Belegschaft und trug so zur Festigung des Widerstandes bei.



Protestversammlung der Kollegen am Burchard-Kai. Durch ihren entschlossenen Widerstand haben die Hafenarbeiter die Einführung einer festen Nachtschicht bisher verhindern können.

Gewerkschaftstag Handel, Banken und Versicherungen

Pfahl im Fleisch der Einheitsgewerkschaft

Anti-HBV-Kampagne nicht offensiv zurückgewiesen

WIESBADEN.— Am vergangenen Wochenende ging der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der HBV-Gewerkschaft (Handel, Banken und Versicherungen) zu Ende. Er tagte unter dem massiven Druck reaktionärster antigewerkschaftlicher Kräfte. Dieser Druck wurde systematisch durch eine wohlkalkulierte Hetzkampagne vor dem Beginn des Gewerkschaftstages erzeugt und zwar mit dem Ziel, seine Arbeit und seine Beschlüsse in reaktionärer Richtung zu beeinflussen.

„Die HBV ist total kommunistisch unterwandert; verkappte DKP-Agenten greifen nach höchsten Führungspositionen in der HBV; eine Volksfront hat in der HBV die Macht an sich gerissen..."

So oder ähnlich krakeelten die reaktionärsten Sprachrohre des Kapitals und der schwarzbraunen Politmafia um Strauß und Stoiber, wobei — wie könnte es auch anders sein — sich besonders der sattsam bekannte Moderator des ZDF-Magazins, Gerhard Löwenthal, hervortat.

Leider blieb die hemmungslose Hetze nicht erfolglos. Die Delegierten waren mehrheitlich nicht bereit oder nicht in der Lage, der antikommunistischen Stimmungsmache und den politischen Angriffen auf die Grundsätze der Einheitsgewerkschaft konsequent und offensiv zu begegnen. Der Gewerkschaftstag verabschiedete eine Grundsatzentschließung zum Thema „Einheitsgewerkschaft und Parteien", die in wesentlichen Aspekten gewerkschaftspolitisch reaktionäre Positionen einnimmt.

Zwar wurde mit dieser Entschließung gleichzeitig der ultrareaktionäre Vorstoß aus Oldenburg abgewiesen, der von der Delegierten Gisela Bruderеck vertreten wurde: der Antrag, nämlich, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die DKP auszuweiten.

Jedoch um welchen Preis! Ausdrücklich betont die Entschließung: *„Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB und der Gewerkschaft HBV werden uneingeschränkt bestätigt."*

Dies in einer Situation, da unter aktiven Gewerkschaftern mehr und mehr die Einsicht Platz greift, daß diese Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die gegen Mitglieder der KPD, der RGO und anderer linksgerichteter Organisationen verhängt wurden, ein gefährlicher Pfahl im Fleisch der Einheitsgewerkschaft sind, dazu gemacht, gerade die kämpferischsten, aktiven und konsequentesten Gewerkschafter auseinanderzudividieren und die Stellung der offenen Reaktionäre und der rechten Sozialdemokraten im DGB-Apparat zu stärken.

Es ist schändlich, daß die DKP diese Bestätigung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse erneut unterstützt hat, nach dem Motto: "Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andere an..." Dabei wissen die DKP-Führer doch nur zu gut, daß mit dem Bestehen dieser Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch ständig die Drohung existiert, daß sie auf die DKP ausgeweitet werden. Nicht umsonst erklärte die Delegierte, die die Ausweitung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefordert hatte, man sei politisch unglaubwürdig, wenn man „die Kommunisten weiterhin in zwei Klassen" teile.

Wenn sie nur wollte, könnte die DKP vermittels ihres teilweise relativ starken Einflusses innerhalb der gewerkschaftlichen Funktionärskörper einen erheblichen **Beitrag** für den Sturz der Unvereinbarkeitsbeschlüsse leisten. Aber sie will eben nicht! Warum? Weil die DKP-Führer unter ihrer kommunistischen Maske selbst antikommunistische Spalter sind, Feinde der Arbeitereinheit. Sie fürchten eine kompromißlose Verwirklichung der Einheitsgewerkschaft genauso, wie die reaktionären Bonzen in den DGB-Spitzengremien selbst.

Jubelnd stellt die DKP-Presse die Arbeit des HBV-Gewerkschaftstages, insbesondere bezüglich der Grundsatzentschließung, als „konsequente Verteidigung der Einheitsgewerkschaft" und „kräftige Abfuhr für die Spaltungsversuche" hin. Schon angesichts der uneingeschränkten Bekräftigung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ist eine solche Kennzeichnung ein Hohn. Aber nicht nur deswegen.

Die Grundsatzentschließung liegt gewerkschafts- und gesellschaftspolitisch völlig auf der Linie der SPD und ihrer staatstragenden Politik. Sie schlägt von daher dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft direkt ins Gesicht, denn sie begrenzt das Spektrum des DGB ideologisch auf reaktionäre bis reformistische politische Ansichten. Sie tabuisiert jede grundsätzliche Kritik am herrschenden kapitalistischen System, insbesondere am Bonner Staat und sperrt de facto konsequent marxistische Positionen aus dem Toleranzrahmen des DGB aus.

Damit hat sich der Gewerkschaftstag den Druck der antikommunistischen Hetzkampagne, die vom DGB-Chef Vetter selbst unterstützt wurde, gebeugt. Vetters Rede auf dem Gewerkschaftstag strotzte nur so von versteckten Angriffen auf die klassenkämpferischen und marxistischen Tendenzen, die innerhalb der HBV existieren.

Aufgrund besonderer Umstände in der Entwicklung der HBV-Gewerkschaft fürchten die außer- und innergewerkschaftlichen Reaktionäre sich vor einer Linksentwicklung gerade dieser Gewerkschaft. Sie befürchten, daß die Gewerkschaftsbasis der HBV sich radikalisiert. Darin liegt das Motiv für ihre antikommunistische Kampagne, mit der sie gezielt und planmäßig den Gewerkschaftstag unter Druck gesetzt haben. Wir werden im nächsten „Roten Morgen" auf diesen Hintergrund noch einmal eingehend zurückkommen.

Wachsende Unruhe bei HDW/Kiel

Warnstreiks gegen Lohnminderungen und Rationalisierung

KIEL.— Auf den Kieler Werftbetrieben der Howaldts-Werke Deutsche Werft wächst die Unruhe unter den Werftarbeitern über Rationalisierung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Am 1. und 15. September kam es in verschiedenen Abteilungen zu Warnstreiks.

Am 1. September legten die Kollegen der Betriebe Rohrschlosserei, Bordtischlerei und Maschinenbau-Bordmontage für eine Dreiviertelstunde die Arbeit nieder. Sie protestierten gegen zu niedrige Lohneinstufungen und Aufgruppierungsstop sowie gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Auflösung von Werkstätten. Ihre Forderungen wurden inzwischen teilweise erfüllt.

Am 15. September kam es erneut zu einem Warnstreik. Diesmal beteiligten sich über 100 Kollegen, Schiffbauer, Schweißer und Rohrschlosser in verschiedenen Hallen. Der Streik dauerte eine Stunde. Auch sie forderten bessere Bezahlung und wehrten sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen, besonders gegen schlechte Be- und Entlüftung der Hallen.

Die RGO informierte die Gesamtbelegschaft mit Flugblättern über die Abteilungsstreiks.

Belegschaft streikte fünf Tage lang

OTZENHAUSEN/SAAR. — Geschlossen trat die rund 150 Beschäftigte zählende Belegschaft eines Metallbetriebes in Otzenhausen im Saarland in den Streik. Die Arbeiter und Angestellten wehrten sich auf diese Weise gegen Rationalisierungsmaßnahmen und damit verbundene Entlassungen und Lohnminderungen.

Der Streik in dem Otzenhauser Betrieb der Akkumulatorenwerke Hoppecke, Zöllner und Sohn, begann am 5. September; am 8. September erhielt der Betriebsrat ein Fernschreiben, das vom Geschäftsführer Dr. Steinisch unterzeichnet war, mit der Aufforderung, die Belegschaft sofort zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Als Bedenkzeit wurde eine Viertelstunde zugestanden! Falls die Mittagsschicht nicht bedingungslos die Arbeit wieder aufnähme — so wurde in dem Schreiben gedroht — werde es Entlassungen geben.

Die Belegschaft ließ sich von diesem brutalen Erpressungsversuch nicht einschüchtern. Sie setzte den Streik fort. Erst am Nachmittag des 9. Septembers wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sich die Geschäftsleitung — entgegen ihrer ursprünglichen provokatorischen Haltung — bereit erklärt hatte, über die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen mit der Belegschaft zu verhandeln.

Kurzarbeit bei Hoechst

FRANKFURT. — Nach der Automobil-, Stahl- und Metallindustrie meldet jetzt auch die Chemie-Industrie Kurzarbeit. Im Konzern der Farbwerke Hoechst sollen im Oktober insgesamt 2850 Beschäftigte kurzarbeiten.

Im Hoechst-Stammhaus in Frankfurt sollen 1200, bei der Tochterfirma Cassella in Fechenheim 1300 Beschäftigte in den sauren Apfel beißen. Außerdem werden 350 Beschäftigte im Offenbacher Zweigwerk von Hoechst auf Kurzarbeit gesetzt. Die Hoechst AG hat im vergangenen Jahr Rekordprofite gescheffelt. Auch in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres belief sich die Umsatzsteigerung bereits auf 13 Prozent.

Streik gegen Werksverkauf

KARLSRUHE.—Am Donnerstag vergangener Woche protestierten 500 Arbeiter der Abteilung für Preß- und Ziehteile der Industriewerke Karlsruhe-Augsburg (IWKA) in Karlsruhe durch einen vierstündigen Streik gegen den drohenden Verkauf dieses Werksbereiches.

Erst aus Berichten österreichischer Zeitungen hatte die Belegschaft erfahren, daß die Stahlflaschenproduktion von IWKA in Karlsruhe bis spätestens 1983 stillgelegt und die Werksanlagen an den österreichischen Konzern Voest-Alpine verkauft werden sollen. Die Werksleitung mußte zugeben, daß über den Verkauf bereits Verhandlungen geführt wurden.

NATO-Manöver in der Türkei

Provokation der westlichen Kriegstreiber

Bundeswehr raus aus der Türkei

BRÜSSEL. — Als die polnischen Streiks ihrem Höhepunkt zustrebten, begann der Warschauer Pakt an der Ostsee sein Großmanöver „Waffenbrüderschaft 80". Damals zeigten sich NATO-Kreise in Brüssel ebenso wie einige westliche Regierungen besorgt über diesen Zusammenhang.

Es wurde an das Jahr 1968 erinnert, als die Kreml-Herren aus einem Großmanöver ihres Militärpaktes heraus die Besetzung der Tschechoslowakei einleiteten. Und niemand kann bestreiten, daß sich eine ähnliche Aggression auch gegen Polen hätte wiederholen können. Denn der Warschauer Pakt ist — ungeachtet seiner Selbstdarstellung als Verteidigungsbündnis — ein militärischer Apparat zur gewaltsamen Durchsetzung der imperialistischen Ziele Moskaus.

Aber dann ist es ganz anders gekommen.

In der westlichen Türkei rollte das NATO-Manöver „Anvil Express 80" (Amboß-Express 80) an. Einen Tag später putschten in Ankara die türkischen NATO-Generäle und errichteten eine faschistische Militärdiktatur. Was sich vor zwölf Jahren im Bereich des Warschauer Pakts abgespielt hatte, wiederholte sich jetzt also im Bereich der NATO. Mit einem Unterschied: die sowjetischen Imperialisten hätten 1968 einen „Hilferuf" erfunden, um mit der brutalen Gewalt ihrer Panzer ein ihnen genehmes Regime in Prag einzusetzen. Die amerikanischen Imperialisten überließen es weitgehend ihren Lakaien im Generalstab der türkischen Armee, den Putsch durchzuführen.

Aber wenn auch die NATO-Kommandeure in Brüssel nach dem Umsturz beteuerten, der Putsch sei eine „innere Angelegenheit" der Türkei, so machte sich Washington nicht einmal die Mühe, die eigene Beteiligung daran zu verschleiern. Kein geringerer als John Tratter, der Sprecher des US-Aussenministeriums, gab freimütig zu, daß General Rennick, Chef der amerikanischen Militärmission in Ankara, von dem bevorstehenden Putsch unterrichtet worden war. **Und wer die Geschichte der militärischen Aggressionen des amerikanischen Imperialismus kennt, weiß aus Erfahrung, daß es sich bei dieser „Unterrichtung" wohl im Gegenteil um eine Instruktion der türkischen NATO-Putschisten durch den US-General gehandelt haben dürfte.**

Inzwischen hat der westliche Kriegspakt seine Unterstützung für die Faschisten-Junta von Ankara unverblümt zum Ausdruck gebracht. So berichtete etwa die „Frankfurter Rundschau" aus Brüssel: **„Die Nachricht vom Militärputsch in der Türkei wurde in Brüsseler NATO-Kreisen mit spürbarer Erleichterung aufgenommen."** Nach Berichten anderer bürgerlichen Zeitungen wurde im NATO-Hauptquartier darauf hingewiesen, die Führer des Putsches seien dort bekannt und würden respektiert. Ein hoher Beamter aus dem Hauptquartier äußerte schließlich die Hoffnung, der Putsch würde in die gleiche Richtung laufen wie die Staatsstreiche von 1960 und 1971. In diesen Jahren — das sagte der NATO-Sprecher allerdings nicht — warf das türkische Militär mit bestialischer Gewalt die revolutionäre, demokratische und antiimperialistische Bewegung nieder, sorgte es mit Mordterror und Folter für „Ruhe und Ordnung" im südöstlichen Bollwerk des westlichen Kriegspaktes.

Und diesen Kurs erhoffen sich die NATO-Führer also heute wieder von ihren türkischen Kumpanen. Die größte Sorge, so war im Brüsseler Hauptquartier zu hören, hätte man sich um mögliche „gewalttätige Reaktionen" auf den Putsch gemacht. Da muß doch die Frage gestellt werden: Wie hätten sich die NATO-Generäle verhalten, wenn der mit ihrer Hilfe von ihren türkischen Kollegen durchgeführte Staatsstreich auf einen massiven Widerstand des Volkes gestoßen wäre? Hätten dann die Manövertruppen eingegriffen? Warum sonst waren die Manöver in der Westtürkei und auch die jetzt beginnenden im Osten des Landes zeitlich genau mit dem Putsch von Evren abgestimmt?

Jetzt steht die Türkei unter einer faschistischen Militärdiktatur. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Werktätigen sind verboten; im ganzen Land wird Jagd auf die fortschrittlichen Kräfte gemacht. Und in diesem Land des Terrors, des Streikverbots, der Massenverhaftungen und der Folter setzen die Truppen aus den „demokratischen" NATO-Ländern ihre Manöver fort, als sei nichts geschehen. Einzig die belgische Regierung hat ihre Beteiligung an diesen Manövern abgesagt und den geplanten Abflug einer Fallschirmjägereinheit in die Türkei gestoppt.

Wie aus Brüssel verlautete, sollen auch die dänische und die norwegische Regierung Bedenken gegen die Entsendung von Truppen ins Land der Putschgeneräle geäußert haben. **Aber wieder einmal waren es die westdeutschen Imperialisten, die mit Druck und offenen Drohungen für die Einheit im westlichen Kriegspakt sorgten.** Sie hatten ja schon vor dem Putsch die Ausrüstung der türkischen Generäle mit Panzern und Raketen besorgt. Sie haben die faschistischen Militärs von Ankara nicht nur finanziert und bewaffnet; sie sorgten jetzt auch dafür, daß sich die NATO offen zu ihnen bekennt.

Für jeden Demokraten in unserem Land aber ist es eine unerträgliche Vorstellung, daß die Bundeswehr Kriegs- und Bürgerkriegsmanöver in einem Staat abhält, in dem der faschistische Terror wütet. In Italien haben alle großen Gewerkschaftsverbände einheitlich den sofortigen Abzug der italienischen Truppen aus der faschistischen Türkei gefordert. Es ist dringend notwendig, daß auch bei uns die Gewerkschaften in diesem Sinne aktiv werden.

Bundeswehr raus aus der Türkei!



Der Bauer, dem ein Schaden von rund 4 000,— DM entstand.

NATO-Herbstmanöver:

Tankstelle auf dem Rübenacker

Ernte vernichtet

BIELEFELD. — Eigentlich wollte der Bauer Walter Schürmann aus Vilsendorf bei Bielefeld in diesen Wochen seine Rüben ernten. Daraus wird jedoch nichts. Das NATO-Manöver mit dem bezeichnenden Namen Crusader (Kreuzfahrer) hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Britische Panzer und andere Kettenfahrzeuge pflügten kreuz und quer durch Schürmanns Rübenacker. Sie errichteten schließlich mitten auf dem erntereifen Feld eine Kraftstoff-Versorgungsstation, eine Tankstelle also für die Versorgung der NATO-„Kreuzfahrer". Für den Bauern ist das „irgendwie unbegreiflich". Vor allem deswegen, weil es rings um seinen Rübenacker genügend Stoppelfelder gibt, auf denen die „Kreuzfahrer" nicht so schwerwiegende Flurschäden angerichtet hätten.

Schürmann kann die „Unvernunft dieser Leute" nicht verstehen. Aber nach der Vernunft ging es ja noch nie bei den NATO-Manövern. Schließlich sollen die Soldaten unter möglichst realistischen Bedingungen den dritten imperialistischen Weltkrieg trainieren. Und da ist jede Art von Rücksichtnahme auf die Zivilbevölkerung, vor allem auf das Eigentum der betroffenen Bauern, natürlich unangebracht. Das würde nicht ins Konzept der NATO-Kriegsplaner passen.

So muß Schürmann jetzt feststellen: „Mindestens 2,5 Morgen sind kaputtgegangen."

Jeder Morgen erbringt etwa 300 Zentner Rüben, wobei der Zentner mit rund fünf Mark gehandelt wird. Ein Verlust also, der in die Tausende geht. Nun gibt es zwar Vereinbarungen über die Ersetzung von Manöverschäden. Aber jeder Bauer, dessen Acker schon einmal von NATO-Panzern zerfurcht wurde, weiß, daß er einen langwierigen Papierkrieg führen muß und daß es oft Monate oder gar Jahre dauert, bis er zu seinem Geld kommt. Und dabei ist es immer noch fraglich, ob der Schaden dann auch wirklich in voller Höhe ersetzt wird. Und schließlich: Wenn gezahlt wird für die von den NATO-Truppen angerichteten Verwüstungen, dann ist es letztlich der werktätige Steuerzahler, der dafür aufkommen muß.

Bauer Schürmann fühlt sich außerdem zu Recht von den Militärs hintergangen. Wochen vor dem Manöver war ein Vertreter der britischen Rheinarmee bei ihm und hatte ihm versichert, das Manöver würde so wenig Schäden wie irgend möglich verursachen. Aber die Praxis hat dann gezeigt, was von solchen Versprechungen zu halten war.



Der Rübenacker wurde von britischen Panzern als Tankstelle benutzt.

170 000 Soldaten und Zehntausende von Fahrzeugen

Bundesrepublik einmal mehr Hauptübungsplatz der NATO

Auch Portugal beteiligt sich wieder an NATO-Manövern

BONN. — Drei große Manöver sind es, die in diesem Tagen gleichzeitig in der Bundesrepublik abgehalten werden. Spearpoint (Sperrspitze) unter britischem Kommando in Niedersachsen, St. Georg am Vogelsberg unter Bundeswehrbefehl und Certain Rampart (Sicherer Wald) unter US-Befehl in Franken.

Alle drei sind Teil des diesjährigen NATO-Autumns Forge (Herbstschmiede) an dem sich, zum ersten Mal seit 1974, in Norditalien auch wieder portugiesische Truppen beteiligen.



Die NATO probt den Atomkrieg — GIs aus Fort Lewis unmittelbar nach ihrer Ankunft bei den Herbstmanövern in Wunstorf bei Hannover.

Diese Manöver haben dieses Jahr einige Besonderheiten, die zu beachten sind,und die dem verstärkten Kriegskurs der Imperialisten entsprechen. So beteiligen sich unter anderem — zum ersten Mal aktiv — 300 amerikanische Fallschirmjäger der Eliteeinheiten aus Fort Bragg in North Carolina: **Die Cartersche Sondereinsatztruppe spielt Krieg auf deutschem Boden!** Nicht nur bei dem offenen Angriffsmanöver Speerspitze, sondern bei allen Manövern sind überdurchschnittlich viele Panzer beteiligt, rund 4000 Stück insgesamt, so viel wie noch nie.

Zur Vorbereitung waren bereits 50 000 britische und amerikanische Soldaten eingeflogen worden, jetzt beginnen die US-Streitkräfte wieder mit ihren „Big-Lift"-Übungen.

Daß die NATO-Manöver in den letzten Jahren nicht nur häufiger und größer geworden sind, sondern auch immer mehr Angriffsübungen abgehalten werden ist, spätestens seit letztem Jahr bekannt — dieser Trend wurde in diesem Jahr fortgesetzt.

Vor dem Hintergrund militaristischer Spektakel wie öffentlichen Rekrutenvereidigungen und Ordensanschaffungen stehen auch die Äußerungen westdeutscher Militaristen, wie des Bundeswehrministers Apel, der in seiner Ansprache an die Truppe außergewöhnlich offene und aggressive Töne anschlug.

NPD will Volksbegehren gegen Ausländer

Die rassistische Hetze muß verboten werden

DGB: „Front machen" gegen Rassismus

DÜSSELDORF. — In der vergangenen Woche überreichte der NPD-Vorsitzende von NRW, der Bundeswehrmajor Lindner, im Düsseldorfer Innenministerium 5 000 Unterschriften, mit denen ein Volksbegehren erzwungen werden soll. Ziel dieses Volksbegehrens soll es sein, das rassistische Programm der NPD-gesteuerten Bürgerinitiative Ausländerstopp durchzusetzen und die ausländischen Kollegen aus unserem Land zu verjagen.

Der Vorstoß der Faschisten löste eine Welle der Empörung und des Protestes aus. Es mischten sich darein aber auch heuchlerische Stimmen. So entdeckten etwa die Unternehmerverbände und die Landesregierung ihr Herz für die ausländischen Werktätigen. Bezeichnend für die Erklärungen, die aus dieser Ecke kamen, ist die Tatsache, daß sich der Protest nicht so sehr gegen die NPD-Provokation richtete, sondern daß man sich allgemein besorgt oder gar bestürzt über eine „wachsende Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung" zeigte. Ähnliches kann man gegenwärtig nahezu täglich von Vertretern alle Bonner Parteien hören.

Solches Gewäsch ist geeignet, jedem anständigen Demokraten die Zornesröte ins Gesicht zu treiben. Denn was heißt hier „Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung"? Wer schmiert die rassistischen Parolen an Mauern und Brücken in unseren Städten? Wer betreibt mit gewaltigem Propagandaaufwand eine systematische Hetze gegen die Ausländer, eine Hetze, die ihren Ursprung in der Propaganda der Nazis gegen die Juden nicht verleugnen kann? Wer schließlich ist verantwortlich für die terroristischen Mordanschläge auf Asylanten? Ist es die „Bevölkerung", sind das normale, deutsche Werktätige?

Jeder weiß, daß Hetze und Mordterror gleichermaßen planmäßig von den faschistischen Banden in der Bundesrepublik betrieben werden. Daß sie dabei — wie die „Ausländer-Stopp"-Kampagne der NPD zeigt — auch auf Unterstützung durch einzelne rückschrittliche Elemente rechnen können, steht auf einem anderen Blatt. Und es ist ja gerade das Ziel dieser Kampagne wie der faschistischen Ausländerhetze insgesamt, solche rückschrittlichen Teile der Bevölkerung zu verwirren, ihnen mit den Ausländern einen Sündenbock zu präsentieren, dem die Schuld für alle möglichen Erscheinungen der kapitalistischen Krise in die Schuhe geschoben werden kann. Genauso sind ja bekanntlich die Hitler-Faschisten mit ihrer Juden-Hetze verfahren.

Wer also wirklich besorgt über die „wachsende Ausländerfeindlichkeit" wäre, der müßte doch als erstes diesen gefährlichen Brandherd der faschistischen Propaganda ausmerzen. Aber was ist geschehen? Vor einigen Wochen schon hat der DGB-Landesvorsitzende von NRW, Bleicher, Strafanzeige gegen die „Bürgerinitiative Ausländerstopp" wegen Volksverhetzung gestellt. Es wurde jedoch nicht einmal ein Verfahren eröffnet, weil die Richter in der rassistischen Hetze keinen Verstoß gegen die Gesetze sehen wollten. Die Faschisten konnten ihre Tätigkeit also ungehemmt entfalten. Ja, die NPD durfte sich mit ihrer Ausländerstopp-Kampagne sogar an den Bundestagswahlen beteiligen. Und so flimmert jetzt auch über die Fernsehmattscheibe für ein Millionenpublikum ein rassistischer Wahlspot, den selbst der „Spiegel" als Hetzfilm bezeichnete.

Niemand fand etwas dabei, den Neonazis alle Türen für eine möglichst effektive Verbreitung ihrer Propaganda zu öffnen. Und das geschah wenige Wochen, nachdem in Hamburg zwei vietnamesische Asylanten einen grausamen Tod sterben mußten. Ihre Mörder hatten als Erkennungszeichen die NPD-Parole „Ausländer raus" hinterlassen. Und wie wir im vorletzten „Roten Morgen" berichteten, hatten sich die braunen Terroristen monatelang ungehindert durch die Bundesrepublik bomben können, ohne daß der hochgezüchtete Polizei- und Geheimdienstapparat dieses Staates gegen sie eingeschritten wäre.

Aber nicht nur die offene Duldung von Hetze und Terror der Faschisten zeigen den Bonner Staat in der Rolle eines Komplizen der Nazi-Banden. Was die „Ausländerfeindlichkeit" betrifft, so ist sie gerade von Politikern aus allen Bonner Parteien selbst kräftig angeheizt worden. Das zeigte sich in den letzten Monaten vor allem in der sogenannten Asylantenfrage. Da wurde aus einigen zehntausend Asylsuchenden plötzlich ein Existenzproblem für die Bundesrepublik gemacht. Da wurde gezielt gehetzt, die BRD könne nicht alle Menschen aufnehmen, „denen es schlechter geht als den Deutschen." Solche Äußerungen, die aus allen Bonner Parteien zu hören waren, zielen nicht nur darauf ab, den Asylanten grundsätzlich politische Motive abzusprechen und sie zu sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen zu machen.

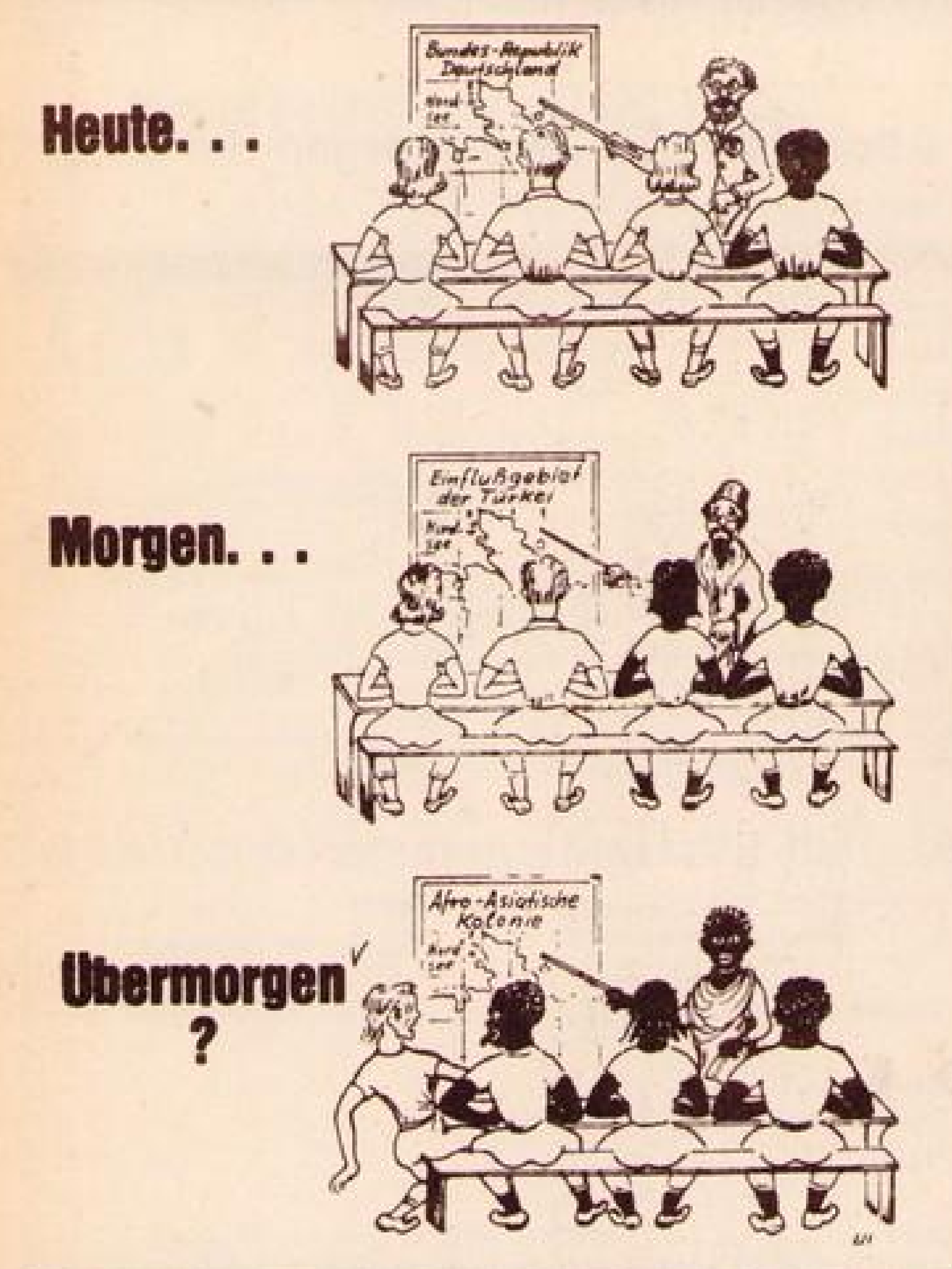
Sie suggerieren auch, unser Land würde von ausländischen Habenichtsen und Faulpelzen überschwemmt, die sich hier auf Kosten der hart arbeitenden Werktätigen durchfressen wollten. Das ist genau der gleiche Appell an rückschrittliche Gesinnungen, die gleiche Aufstachelung zum Ausländerhaß wie er von den faschistischen Banden kommt. Und ausgerechnet ein SPD-Mann, der Essener Oberbürgermeister Katzor, ist in dieser Richtung noch einen Schritt weiter gegangen. Er war ja bekanntlich der erste Bürgermeister einer westdeutschen Stadt, der einen generellen Aufnahmestopp für Asylanten verfügte. Begründet hat er es damit, ein weiterer Zuzug von Asylsuchenden würde zu einem „Aufruhr in der Stadt" führen.

Wer derart bedenkenlos einen „Aufruhr" gegen Ausländer ankündigt — gemeint sein können damit ja nur pogromartige Ausschreitungen —, wer demagogisch einen solchen „Aufruhr" zur notwendigen Folge der Aufnahme von einigen Dutzend Asylanten macht, der ermutigt damit die faschistischen Elemente, der bereitet selbst den Boden für Ausschreitungen gegen Ausländer.

Wie man sieht, liegt das Problem der „Ausländerfeindlichkeit" nicht nur bei den Nazibanden, sondern in erster Linie bei den Organen des Bonner Staates. Sie wollen im Interesse der herrschenden Bourgeoisie die „Ausländerfeindlichkeit" am Kochen halten, um einen Keil zwischen deutsche und ausländische Werktätige zu treiben und deren Solidarisierung gegen den gemeinsamen Feind zu untergraben. Es liegt auf der Hand, daß darin eine große Gefahr für das notwendige einheitliche Handeln aller Werktätigen, eine Gefahr für die Arbeiterbewegung in unserem Land liegt.

Umso mehr ist es zu begrüßen, daß die Gewerkschaften in der letzten Zeit zunehmend gegen die Ausländerhetze mobil gemacht haben. Die oben erwähnte Initiative von Bleicher war nur ein Beispiel unter vielen. Auf dem Gewerkschaftstag der HBV forderte DGB-Chef Vetter vergangene Woche alle Gewerkschafter auf, gegen „jegliche Art der Ausländerfeindlichkeit aktiv einzutreten." Es müsse nun „unüberhörbar Front gemacht" werden. Diesen Appell müssen alle Kollegen beim Wort nehmen. **Und ein wichtiges Kampfziel von entsprechenden Aktivitäten muß dabei nach wie vor die Durchsetzung eines Verbots aller faschistischen Organisationen und des Verbots jeglicher faschistischer und rassistischer Propaganda sein.**

Schulen in Deutschland



Faschistische Hetzkarikatur (aus dem Wahlmaterial der NPD)...



...und die Folgen. Beerdigung der beiden Opfer des faschistischen Terroranschlags in Hamburg.



Irakische Militäraktion gegen Kurden. Diplomaten des irakischen Regimes trugen den Terror gegen Kurden bis nach Westberlin.

Terroristenbekämpfung nach Bonner Art

Irakische Bombenleger auf freiem Fuß

WESTBERLIN. — Am Montag letzter Woche hat der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Stobbe (SPD), nach mehrwöchigem Streit mit der Bundesregierung der Bonner Forderung zugestimmt, zwei inhaftierte irakische Terroristen in ihre Heimat abzuschieben.

Es handelt sich dabei um zwei Angehörige der irakischen Botschaft in Ostberlin. Sie waren im Westteil der Stadt von der Polizei gestellt worden, als sie einen Koffer voller Sprengstoff über die Grenze geschleust hatten. Der Koffer sollte in einem Studentenheim plaziert werden, wo gerade ein internationaler Kongreß kurdischer Studenten stattfand. Die Kurden, deren Wohngebiet sich über mehrere Staaten des Nahen Ostens erstreckt, bilden auch im Irak eine starke nationale Minderheit. Sie werden vom dortigen Regime grausam unterdrückt und wehren sich dementsprechend auch mit verschiedenen Kampfformen.

Die beiden irakischen Diplomaten hatten mit ihrem Sprengstoff-Koffer nicht weniger im Sinn, als den Kongreß der kurdischen Studenten in die Luft zu jagen. Man kann sich leicht ausmalen, welch ein furchtbares Blutbad die Folge gewesen wäre, hätten sie ihr Vorhaben verwirklichen können. Und so ist es wahrhaft ein Glücksfall gewesen, daß die auf eine Jagd gegen links spezialisierten Polizeiorgane ausnahmsweise einmal wirkliche Terroristen dingfest gemacht und dadurch ein beispielloses Massenmorden verhindert haben.

Umso skandalöser jedoch ist jetzt die Behandlung der ertappten Bombenleger. Von Anfang an hatte die Bundesregierung darauf bestanden, daß sie ohne jedes Gerichtsverfahren abgeschoben werden. Stobbe hatte sich lange dagegen verwahrt. Und jetzt hat er sich in Übereinstimmung mit Innensenator Ulrich (SPD) und Justizsenator Meyer (FDP) dem Bonner Druck gebeugt. Die verhinderten Massenmörder sind auf freiem Fuß; sie können sich jetzt vom irakischen Regime als Helden feiern lassen. Aber wie ist so etwas möglich in unserem angeblichen Rechtsstaat?

Ganz einfach. Es bedurfte nur einer Weisung des Justizsenators Meyer an den Generalstaatsanwalt Schultz, und die Anklage gegen die beiden Diplomaten wegen versuchten Mordes wurde fallengelassen. Dieser Vorgang spricht Bände über den „unabhängigen" Charakter der Justiz in diesem Land. Wenn es im Interesse der herrschenden Klasse ist, schickt die Bonner Justiz den Verantwortlichen für ein kritisches Flugblatt für Monate hinter Gitter. Und auf der anderen Seite genügt ein nachdrücklicher Wink aus Bonn, um auch für potentielle Massenmörder die Gefängnistor zu öffnen.

Welches Interesse hatte aber der Bonner Staat an der unverzüglichen Freilassung der beiden Bombenleger? Die Bundesregierung begründete ihren Vorstoß gegenüber dem Westberliner Senat offiziell mit „dringenden außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen." Was den letzten Punkt betrifft, so erhofft sich die Bundesregierung von der Freilassung der Diplomaten — wie es intern hieß — „eine verbesserte Zusammenarbeit auf dem Felde der Terrorismusbekämpfung". Zynischer geht es wohl nicht mehr. Da werden zwei Terroristen, die ein schreckliches Verbrechen geplant hatten, nach Hause geschickt, damit ihre Hintermänner im irakischen Regime zukünftig dem BKA bei dessen Operationen im Nahen Osten unter die Arme greifen.

Und was den anderen Punkt betrifft — die außenpolitischen Erwägungen — so wurde, ebenfalls intern, von der Bonner Regierung darauf hingewiesen, daß „das bisher fest an die UdSSR gebundene Nachbarland Irans offenbar eine vorsichtige Öffnung in Richtung Westen" vollziehe. Bei dieser Begründung liegt der Schwerpunkt ganz offensichtlich auf „Nachbarland Irans". Wie wir auch im „Roten Morgen" schon dargestellt haben, sind die westlichen Imperialisten gegenwärtig dabei, den Irak zu einem Aufmarschgebiet für den Krieg gegen die Völker des Irans auszubauen. Und bei diesem wichtigen Ziel der Rückeroberung der iranischen Ölquellen will man die irakische Regime nicht durch einen Prozeß gegen die beiden Terroristen verärgern.

VOLKSFRONT arbeitet im Polizeipräsidium

Volkskorrespondenz aus Darmstadt

Wie in den meisten anderen Orten auch wurde das zentrale Wahlplakat der VOLKSFRONT, das Franz Josef Strauß als Stier zeigt, in Darmstadt verboten. Allerdings waren die Darmstädter Behörden nicht so kulant wie anderswo. Sie räumten auch bereits überklebte Plakate ab und begründeten das damit, der ganze Stier sei verboten, wir hätten aber nur den Kopf überklebt. Das legt die Vermutung nahe, daß die Darmstädter Polizei bereits bei einem kopflosen Stierkörper an Strauß erinnert wird, eine Frage, die uns der Leiter der politischen Polizei leider nicht beantworten wollte.

Nach zähen Verhandlungen — die Herren vom Staatsschutz verlangten zuerst von uns, die Plakate von den Schildern abzulösen — wurde uns gestattet, die Stellschilder im Polizeipräsidium zu überkleben — unter staatlicher Aufsicht, versteht sich.

Wir rückten also am Freitag morgen um 9.00 Uhr und vier bis sechs Mitgliedern, Kleister, Plakaten, Hammer und Nägeln an und legten los — nachdem die Plakate, die wir überkleben wollten, von einem Beamten der politischen Polizei auf ihre Unbedenklichkeit überprüft worden waren.

Schon nach kurzer Zeit bot das Polizeipräsidium einen ungewohnten Anblick. Der Hof sah aus wie auf einer Wahlveranstaltung der VOLKSFRONT. Entlang der Häuserfronten, um die Bäume herum — überall prangte es blau, weiß und rot. „Stoppt Strauß", „Arbeit für jeden", „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!" — Beamte und Besucher des Polizeipräsidiums wurden so mit den Forderungen der VOLKSFRONT intensiv vertraut gemacht. Sogar die Presse interessierte sich dafür. Für uns waren die Arbeitsbedingungen ideal. Immerhin hatten wir 600 Schilder zu überkleben, die zum Teil neu genagelt werden mußten. Nirgendwo hätten wir so viel Platz und so viel Ruhe gehabt. Im Innern des Polizeipräsidiums, geschützt vor Nazi-Überfällen und Polizeiübergriffen hatten wir die besten Möglichkeiten. Das fiel natürlich auch dem Staatsschutz auf, der entsprechend sauer reagierte. Die Erlaubnis, die Schilder zu überkleben, war jedoch erteilt und so war nichts zu machen. Die Meinung der Bediensteten war geteilt. Die meisten empfanden die ganze Angelegenheit als Schildbürgerstreich der politischen Polizei und schmunzelten.

Trotz heftiger Regengüsse waren wir rechtzeitig vor Dienstschluß fertig und die Schilder konnten am Wochenende wieder aufgestellt werden.

Wir sind fast einstimmig der Meinung, daß die ganze Aktion — trotz erhöhtem Arbeitsaufwand — ein politischer Erfolg war. Nichts hat der VOLKSFRONT zu so großer Propaganda verholfen wie das Verbot der Plakate. Wir haben das Echo sowohl beim Aufstellen der Schilder als auch beim Verteilen der Flugblätter zum Verbot bemerkt. Viele Menschen waren empört über das Vorgehen der Darmstädter Polizei.

Erklärung der Asylanten aus Sulzbach

Misserable Verhältnisse

Wir, die Bewohner im Sammellager Sulzbach-Hirschbach für die ausländischen Flüchtlinge, wenden uns wegen unserer miserablen Wohn- und Lebensverhältnisse an die zuständigen Behörden und an die Öffentlichkeit und hoffen auf Verständigung und Aufmerksamkeit.

1. In einem Zimmer, das 5,80 x 3,40 Meter groß ist, werden vier Menschen untergebracht, obwohl es noch reichlich Zimmer gibt, die leer stehen. Es dient gleichzeitig als Schlafzimmer, Eßzimmer und Wohnzimmer. Außerdem wird dort gekocht, Geschirr gespült, sogar gewaschen. Die Einrichtung besteht aus vier Betten, vier Schränken für Kleider, Wäsche, Lebensmittel, Bücher, Geschirr usw., einem Tisch, ein paar Stühlen, einem Kocher.

2. Jeder Asylbewerber, der eine Arbeit hat, muß monatlich 90 Mark Miete zahlen. Die Gesamtmiete eines Zimmers beträgt also 360 Mark im Monat.

3. Jeder Flur mit ca. 60 Bewohnern hat vier Duschen und sechs Toiletten.

4. Die Räume, die wahrscheinlich als Küche und Gemeinschaftsraum gedacht waren, stehen ganz leer.

5. Die allgemeinen Verhältnisse entsprechen der menschlichen Gesundheit nicht. Es gibt keinen Kühlschrank. Die Türen, Wände und Fenster befinden sich im verfallenen Zustand. Der Innenanstrich wurde seit Jahren nicht erneuert. Der Bodenbelag ist überall zerrissen. Der allgemeine Putzdienst ist von Heimbewohnern abzuhalten. Kein Putzmittel wird aber zur Verfügung gestellt. Das gilt auch für die Toiletten und Duschen. Daher ist der Gestank der Toiletten unerträglich.

6. Es gibt keinen Verbandskasten.

7. Bekanntlich haben auch die



Asylanten in der Bundesrepublik: zusammengepfercht und diskriminiert.

Asylbewerber sehr oft mit den Behörden zu tun wie zum Beispiel mit der Ausländerpolizei, dem Einwohnermeldeamt, Finanzamt, Arbeitsamt usw. Es fehlen ihnen in erster Linie Kenntnisse in deutscher Sprache, und sie geraten somit in Schwierigkeiten. Dolmetscherdienste hat für sie bis jetzt nur die DTFG geleistet, und das nur für die Kurden und Türken, was man auf der anderen Seite nicht ausreichend annehmen kann.

8. Zwischen der Heimverwaltung und den Bewohnern existiert weder Verständigung noch Anhaltspunkte zu einer eventuellen Zusammenarbeit, um die innere Kommunikation, Aufgabenteilung und Disziplin herzustellen.

9. Es ist selbstverständlich, daß die Asylbewerber neben den materiellen Bedürfnissen auch geistige Bedürfnisse haben. Sie sind aber von der Welt erheblich abgeschnitten und haben keine Möglichkeit, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher usw. zu lesen und sich zu informieren.

Wir, die Asylbewohner glauben, daß wir auch das Recht auf ein menschenwürdiges Leben haben. **Daher fordern wir:**

1. menschliche Wohnverhältnisse entsprechend den gesetzlichen Mindestanforderungen, die in Deutschland gelten, und angemessene Mietpreise.

2. Zeitungen, Zeitschriften und Bücher in jeweiligen Sprachen.

3. Einrichtungen eines regelmäßigen Dolmetscherdienstes,

4. eine Heimverwaltung mit dem behördlich ernannten Heimleiter und gewählten Vertretern aus dem Heim.

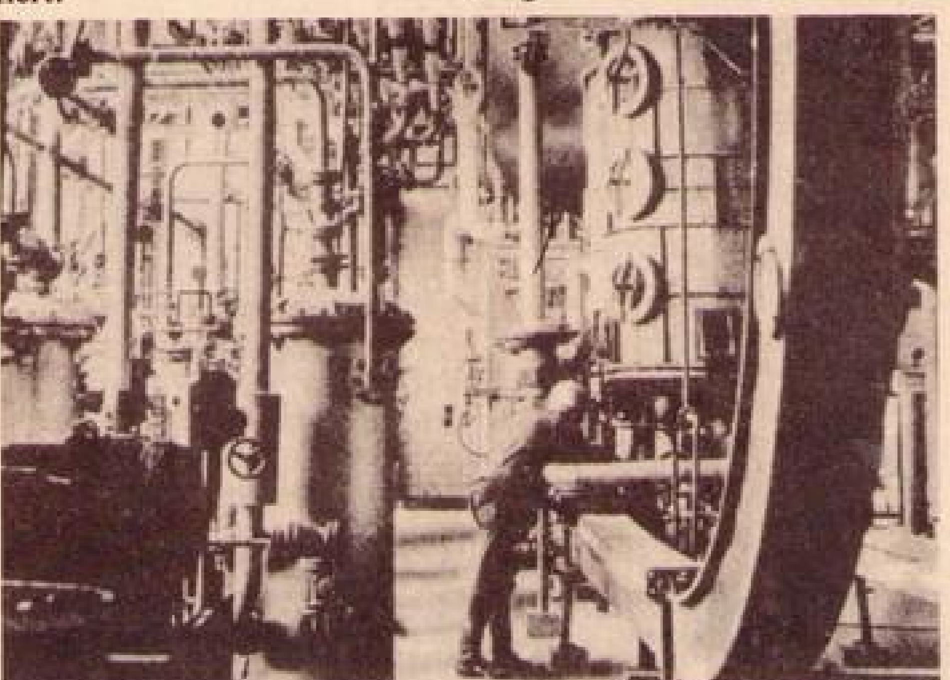
Mit besonderem Nachdruck möchten wir feststellen, daß wir bereit sind, über die anstehenden Probleme und besonders über unser Hiersein zu diskutieren. Wir möchten mehr Verständnis in der Bevölkerung wecken. (Es folgen zwei Seiten mit Unterschriften.)

Kranke Arbeiter werden als Alkoholiker verleumdet

Volkskorrespondenz aus Hessen

Liebe Genossen,

ich arbeite in einer Psychosomatischen Fachklinik als Gruppentherapeut. Wir behandeln ausschließlich Alkohol- und Medikamentenabhängige. Da bekanntermaßen gerade in Chemiebetrieben erhebliche Mengen Alkohol am Arbeitsplatz konsumiert werden, sind viele unserer Patienten Chemiearbeiter aus Betrieben, die im Rhein-Main-Gebiet ansässig sind. Mit den Farbwerken Höchst AG hat die Klinik in der ich arbeite, sogar fest ausgehandelte Bedingungen (die uns leider nicht genau bekannt sind), welche den Höchst-Kapitalisten eine gewisse Abnahmequote von erkrankten Höchst-Beschäftigten garantiert.



Chemiearbeiter — nicht die Giftküche, der Alkohol soll an ihren Krankheiten Schuld haben.

Nun, in der letzten Zeit hat sich ein Verdacht, den wir Kollegen schon länger gehegt hatten, deutlich bestätigt. Immer häufiger stellte sich heraus, daß von den Farbwerken eingewiesene Patienten gar nicht alkoholkrank waren. Der tatsächliche Grund für ihre Einweisung war eine vom Werksarzt diagnostizierte Lebererkrankung und die Tatsache, daß die betreffenden Höchst-Kollegen ein- oder zweimal mit einer Alkoholfahne am Arbeitsplatz angetroffen wurden.

Die werksärztliche Diagnose: chronischer Alkoholismus, ist für die Farbwerkskapitalisten vor allem billig. Denn es gibt Untersuchungen, die nachweisen, daß Lebererkrankungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit in der chemischen Produktion stehen. Vor allem zum Beispiel in der PVC-Produktion, im Umgang mit chlorierten Kohlenwasserstoffen. Die Palette der Erkrankungen reicht von Leberentzündungen bis hin zu Leberkrebs.

Die Chemiekapitalisten streiten das natürlich ab. Ihre Werksärzte tun das ihrige dazu. So ist es für die Höchst AG günstiger, einem leberkranken Arbeiter anzuhängen (sprich: Du bist ja selbst schuld), er sei Alkoholabhängig, als gegenüber der Berufsgenossenschaft zuzugeben, daß die Erkrankung eine Folge unzureichender Schutzmaßnahmen in der Produktion ist. Denn die Berufsgenossenschaft würde sicherlich teure Investitionen für den Schutz der Arbeiter verlangen, wenn sie die hohen Behandlungskosten und gegebenenfalls sogar eine Rente an die, von den Höchst-Kapitalisten geschädigten, Kollegen zu zahlen hätte.

Um diese Gelder zu sparen, scheuen die Höchst AG und ihre Ärzte nicht davor zurück, Diagnosen zu fälschen und die Arbeiter um ihre Ansprüche zu betrügen, die diese bei Anerkennung ihrer Krankheit als Berufskrankheit erheben könnten.

So ist das auch ein Beispiel, wie Kapitalisten sich auf unseren Knochen bereichern, uns dabei krankmachen und wir die Behandlungskosten noch selber zahlen müssen. Denn Alkoholentziehungskuren werden von den Rentenversicherungsträgern LVA und BfA finanziert. Ein halbjähriger Klinikaufenthalt kostet ungefähr 20 000 Mark, die wir den Höchst-Kapitalisten für ihre skrupellose Profitsucht noch spenden sollen.

Erfolgreiche Solidaritätsveranstaltung in Thessaloniki

Volkskorrespondenz aus Griechenland

Liebe Genossen!

Als Höhepunkt der Arbeit des griechischen Solidaritätskomitees „Rettet das Leben von Erdal Eren" fand am 7. September in Thessaloniki eine Solidaritätsveranstaltung statt. Sie hatte den Fall des jungen Antifaschisten und den Kampf der Völker der Türkei im allgemeinen zum Thema. Die Veranstaltung hatte vollen Erfolg und wurde von allen Parteien unseres Landes begrüßt (außer den rechten Parteien natürlich und — der revisionistischen!).

Es gab aber auch etwas, das die anwesenden Antifaschisten wütend machte. Und zwar die Tatsache, daß die griechischen Behörden es ablehnten, Cafer Cebe, dem Vertreter des deutschen Solidaritätskomitees die Einreise nach Griechenland zu erlauben.

Es ist klar: Dieser Schritt ist in der Haltung der griechischen Regierung begründet, alle ehrlichen Gegner der Demirel-Regierung, die heute die Türkei terrorisiert, zu bekämpfen. Durch diese Haltung beweist die griechische Regierung, daß sie und die türkische Regierung Freunde sind, wenn es darum geht, gegen Antifaschisten und Demokraten vorzugehen, seien sie Türken oder Griechen. Es wurde deutlich, daß unsere Völker gemeinsame Feinde haben, während sie selbst Freunde sind.

Mit diesem Schritt wollten die griechischen Behörden die Veranstaltung sabotieren, was ihnen nicht gelang. Obwohl Cafer Cebe nicht einreisen durfte fand die Veranstaltung trotzdem statt und die Anwesenden konnten auch die von ihm vorbereitete Rede hören. Sie war dem Komitee übergeben worden und ein Vertreter verlas sie. Diese Rede erzeugte unter den griechischen Antifaschisten starke Gefühle der Solidarität und der Freundschaft zum türkischen Brudervolk.

Die ganze Aktion war die erste internationale Solidaritätskampagne seit dem Sturz der siebenjährigen griechischen Diktatur. In seiner überwältigenden Mehrheit bewies unser Volk, daß es den Chauvinismus der griechischen Regierung ablehnt und sich mit dem großen Kampf der Völker der Türkei solidarisiert.

Die Hindernisse, die die beiden Regierungen unserem gemeinsamen Kampf aufbauen, stärken unsere Beziehungen statt sie zu schwächen. So schmiedet uns das alles zusammen in unserem gemeinsamen Kampf gegen Bourgeoisie, Imperialismus und Faschismus, für ein freies Leben ohne Kriege, Unterdrückung und Ausbeutung für die Volksdemokratie und den Sozialismus!

Es lebe die Freundschaft zwischen den Völkern der Türkei und dem griechischen Volk!

Es lebe die Solidarität der Völker!

Wahlveranstaltungen der VOLKSFRONT

Hannover:
26. September, 19.30 Uhr im Freizeitheim Linde. Redebeiträge und Kulturprogramm.

Stuttgart:
27. September, 16.00 Uhr in der Turn- und Versammlungshalle, Albstraße 70 in Stuttgart-Degerloch.

Frankfurt:
28. September um 17.00 Uhr im Bürgerhaus Sossenheim. Mit dem Landesvorsitzenden Bernd Götz, der Theatergruppe Hobelbühne und dem Kabarett Ratte und Schmeißfliege.

Hamburg:
30. September, 19.00 Uhr in der Gaststätte Jarrestadt. Es spricht: Eike Hemmer.

Wiesbaden:
3. Oktober um 19.30 Uhr im Bürgerzentrum Galatia-Rulange in Wiesbaden-Biebrich. Mit dem Direktkandidaten Rony Schachtel-Rotter und der Hobelbühne.

Friedensplan der KPD

„Zwei solche Kriege sind genug..."

Zustimmung von Opfern des Krieges

Der Friedensplan der KPD findet wachsende Zustimmung in verschiedensten Kreisen der Gesellschaft. Heute dokumentieren wir einige Äußerungen von älteren Menschen und von Werktätigen, die den letzten Krieg erlebt haben. Gerade ihre Position ist sehr entschieden. Sie begrüßen die Vorschläge unserer Partei vor allem weil sie der Politik der USA mißtrauen und weil sie die ewigen Friedensrufe der Regierungen kennen. Sie haben selbst erfahren, wie wenig solche Beteuerungen, wie wenig der äußerliche erweckte Eindruck wert ist.

Mißtrauen gegen die Politik der Regierungen und ganz offen geäußerte Angst vor einem neuen Krieg, das sind die Merkmale der Meinungen dieser Menschen, Meinungen, die aus den selbst gemachten bitteren Erfahrungen geblieben sind.

„Ein neutrales Deutschland wäre schon viel"

Hedwig Weiss, 67 Jahre, Rentnerin (Metallarbeiterin), Stuttgart

Ich bin einfach ganz und gar gegen den Krieg. Ich habe das zweimal erlebt. Als kleines Kind gab es nichts zu essen und später dann gab es gar nichts mehr. Sechs Wochen nach meiner Hochzeit 1939 wurde mein Mann eingezogen und kam erst 1947 wieder aus der Gefangenschaft zurück. Wir hatten vorher gespart und eine schöne Wohnung eingerichtet — dann wurden wir ausgebombt. Wer einmal aus einem Kellerloch gekrochen ist, nachdem ein Bombenangriff vorbei war und dann immer noch nicht absolut gegen den Krieg ist, den kann ich nicht verstehen.

Wenn ich heute sehe, wie alle vom Frieden reden und dabei immer mehr Atombomben haben, dann habe ich einfach Angst. Ich habe ja nicht geglaubt, daß ich das noch einmal erleben könnte, aber in letzter Zeit wird es ja immer schlimmer. Mein älterer Sohn wäre wohl gerade recht für einen neuen Volkssturm, mein jüngerer könnte noch gut an die Front müssen, und mein Enkel wäre wohl was für eine Strauß-Jugend. Das will ich nicht. Am Krieg verdienen doch nur die Reichen, die sind noch nie gefallen.

Und die Reichsten sitzen doch heute in Amerika und für die sollen wir dann Krieg machen. Da bin ich ganz dagegen, daß wir mit den USA zusammengehen, das ist genauso schlecht, wie wenn wir mit der Sowjetunion gingen. Deshalb finde ich diesen Friedensplan so gut. Ein neutrales Deutschland, das sich raushält, das wäre doch schon sehr viel. Ich verstehe wirklich nicht viel von Politik, aber diesen Vorschlag finde ich einfach gut. Da können wir eigentlich nur die dagegen sein, die Krieg wollen. Obwohl ich schon älter bin, will ich mit meinen Bekannten über eueren Plan reden, weil ich meine, daß gerade die alten Leute, die das alles mitgemacht haben, die Jugend dazu bringen müssen, sich nicht schlachten zu lassen.



Mit diesem Flugblatt wurde für die erste Veranstaltungsreihe der KPD über den Friedensplan eingeladen.

„Man muß einfach etwas dagegen tun"

Johanna Strütt, 46 Jahre, Verkäuferin, Karlsruhe

Ein neutrales Deutschland, das war schon immer die Vorstellung, die ich hatte. Was nützen uns denn Atomraketen im Falle eines wirklichen Angriffs? Da wird erst recht darauf gezielt!

Ich muß ganz ehrlich sagen, was mir an Erinnerungen vom letzten Krieg blieb, den ich als Mädchen erlebte, macht mir einfach Angst. Angst davor, daß so etwas wiederkommen könnte. Und diese Angst ist in den letzten Monaten gewachsen. Da wird ja nur noch von Raketen geredet und von Aufrüstung. Und jetzt im Wahlkampf sagen alle, daß Neutralität eine schlechte und gefährliche Sache sei — da bin ich, wie gesagt anderer Meinung. Manchmal könnte man gerade meinen, wir stecken in den Klauen der Amerikaner und müssen alles tun, was die sagen, und das ist es, was wirklich schlecht ist.

Zum ersten Mal die Angst, daß das alles wiederkommen könnte, habe ich Anfang der 50er Jahre gehabt bei Wahlreden von Adenauer und heute wird wieder im gleichen Ton gesprochen. Und wenn ich dann überlege, wie ich mit meinen Kolleginnen rede, da merkt man, wie schwer das ist. Den Strauß wollen sie fast alle nicht, der ist in ihren Augen gefährlich. Aber dann wollen sie halt SPD wählen. Und die ist ja auch für die USA, die wehren sich doch immer gegen den Vorwurf sie seien für Neutralität, als ob das ein Fehler wäre.

Der Friedensplan der KPD packt das meiner Meinung nach einfach richtig an, die ganze Richtung stimmt, wenn ich das mal so sagen darf. Eben weg von den Blöcken, möglichst ganz Deutschland und aufhören mit der Aufrüstung und den Atomraketen — da könnte man sich schon viel sicherer fühlen.

Mit so einem Vorschlag, da hat man das Gefühl man kann etwas tun und man muß einfach etwas dagegen tun, kann nicht nur dasitzen und sich beklagen.

Die Hauptforderungen des Friedensplans der KPD für die Bundesrepublik

- Austritt der Bundesrepublik aus der NATO!
- Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden!
- Beseitigung aller atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen auf dem Boden der Bundesrepublik!
- Schrittweise Herabsetzung der Rüstungsausgaben!
- Neutralitätserklärung der Bundesrepublik!
- Orientierung auf die Schaffung einer Konföderation beider deutscher Staaten und Westberlins!

Carter überboten

USA-Repräsentantenhaus beschließt drastische Erhöhung der Rüstung

Auch Rekordausgaben für chemische Waffen

WASHINGTON. — Am 16. September stand im amerikanischen Senat die Verabschiedung des neuen Rüstungshaushaltes auf der Tagesordnung. Dabei gingen die Abgeordneten weit über die Vorschläge von Präsident Carter hinaus.

Der Vorschlag, den Jimmy Carter dem Parlament vorgelegt hatte, war bereits ein neuer Rekordhaushalt gewesen. Dieser wurde nun weit überboten.

Mit einem Abstimmungsergebnis von 351 zu lediglich 42 Stimmen verabschiedete das Parlament einen Ausgabenplan in der astronomischen Höhe von 157,1 Milliarden Dollar, umgerechnet 283 Milliarden Mark. Von „Verteidigungs"-Haushalt kann bei einer genauen Einsicht in die verschiedenen Posten der Aufrüstung wahrlich nicht mehr die Rede sein. So sind darin unter anderem über 2 Milliarden Dollar an Krediten enthalten, die zum Bau einer neuen Fabrik für chemische Kampfstoffe dienen. Dort sollen sogenannte binäre Gifte hergestellt werden — zwei verschiedene Substanzen, die erst wirken, wenn sie zusammenkommen.

So werden großartige Erklärungen, auf chemische Waffen verzichten zu wollen, in der Realität unterlaufen. Erst vor wenigen Monaten war aus zwei Äußerungen des Pentagon öffentlich bekanntgeworden, daß in USA die Produktion von Giftgasen uneingeschränkt fortgesetzt wird.

Weitere große Ausgabenposten dienen der Generalüberholung und dem weiteren Ausbau der Flotte. Die Maßnahmen der letzten Zeit, die darauf abzielen, neben der Pazifikflotte der USA auch eine Indikflotte aufzubauen und einen absoluten Schwerpunkt am Arabischen Golf zu konzentrieren, wurden bisher in erster Linie durch Verlagerung der Operationsgebiete durchgeführt. Jetzt soll die Flotte weitere große Flugzeugträger und Kampfschiffe bekommen. Ebenso soll auch die Mannschaftsstärke aller Waffengattungen erhöht werden.

Schließlich soll auch ein neuer strategischer Atombomber beschafft und so die Aufrüstungsmöglichkeiten der SALT-Abkommen voll ausgenutzt werden.

Dieser Budgetentwurf wird jetzt dem Senat zugeleitet, dessen Zustimmung nach den bisherigen Äußerungen der Senatoren aber nur noch eine Formsache sein dürfte.

Carter wie Reagan sehen sich jetzt also von den Abgeordneten überholt und überboten. Die Lobby der Rüstungsgewinnler hat voll zugeschlagen, die Kriegstreiber in Amerika haben Hochsaison. Kurz nach dem Beschluß des Repräsentantenhauses meldete Wall Street, daß die Börsenwerte des Chemiemonopols Dupont de Nemours und der Elektronomonopole (die Hauptlieferanten der Marine sind) überdurchschnittlich schnell gestiegen seien...

Ein Fachmann äußert sich

Gegen Carters neue Atomdirektive

Auch in den USA Widerstand

HAMBURG. — General a.D. Wolf Graf Baudissin, in der Vergangenheit oft als „Vater der inneren Führung" bezeichnet und heute Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, hat sich jetzt in die Debatte um Carters neue Atomdirektive eingeschaltet.

Graf Baudissin äußerte vor der Presse, Carters Strategie von einem gezielten atomaren Mehrfachschlag setze eine neue qualitative Rüstungsspirale in Gang. Mehr Waffen, perfektere Aufklärungs- und Warnapparate und wohl auch neue Antiraketensysteme seien das Ergebnis dieser Direktive.

Dabei muß man hinzufügen, daß eben diese Antiraketensysteme durch das SALT-I-Abkommen teilweise eingeschränkt worden waren. „Diese Strategie" sagte Baudissin, „steht im Gegensatz zu den Bemühungen um eine Rüstungskontrolle". Dadurch, daß das neue Konzept Carters Waffen erfordere, die für den Erstschlag einsetzbar seien, sei der atomare Krieg wieder denkbar.

Baudissins Kritik an Carters Direktive Nr. 59 reiht sich ein in die kritischen und negativen Bemerkungen von einer ganzen Reihe von westdeutschen Persönlichkeiten, die einst selbst Insider in diesem Geschäft waren und sich heute von dem immer aggressiveren Kurs distanzieren.

Auch in den USA ist der Widerstand gegen die atomare Aufrüstung deutlich geworden. Neben dem christlichen Friedensrat und mehreren Bürgerrechtsorganisationen hat sich auch die Elektrikergewerkschaft gegen Carters Pläne gewandt.

Die Front der Friedenskämpfer wächst auf der ganzen Welt. Dabei werden auch hier in der Bundesrepublik viele gute und positive Vorschläge gemacht. Eine klare Gesamtperspektive, eine tiefgehende Lösung für unser Land aber bietet nur die Neutralitätspolitik, wie sie im Friedensplan der KPD dargelegt ist.



Frauen in der Kampfausbildung: in USA bereits alltäglich.

In einer Ansprache beim Manöver St. Georg

Bundeswehrminister Apel will größere Armee

Von neuem Frauendienstpflicht ins Gespräch gebracht

BONN. — Der gemeinsame Manöverbesuch mit Kanzler Schmidt in Hessen wurde von Minister Apel (SPD) dazu ausgenutzt, einmal mehr Propaganda für eine größere Armee zu machen.

Um die rückläufige Zahl der Wehrpflichtigen die Militärexperten allerorten als Drama an die Wand malen zu stoppen, hat Apel dabei erneut verschiedene Vorschläge gemacht, wie die Mannschaftsstärke der Bundeswehr mindestens beibehalten werden kann. Würden diese Vorschläge angenommen und schärfer geprüft, könnte die Bonner Strategen ihre Armee bei Bedarf wesentlich vergrössern. Bisher planen sie, im Ernstfall jeden fünfzigsten Bundesbürger, also 2 Prozent, anders ausgedrückt rund 1,2 Millionen Mann zu mobilisieren.

Diese neuen Vorschläge stehen ohne Zweifel vor dem Hintergrund der Debatten in der Brüsseler NATO-Zentrale, wo US-Offiziere kritisierten, die Bundeswehr sei zu klein. In Fachblättern wie der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wurde diese Argumentation sofort aufgenommen und darauf verwiesen, daß andere NATO-Länder bis zu 5 Prozent der eigenen Bevölkerung unter Waffen zwingen würden.

Apels Vorschläge sind denn auch eindeutig:

- Heranziehung eines größeren Prozentsatzes von Wehrpflichtigen und Reservisten als bisher;
- Verlängerung des Wehrdienstes — wobei noch festzustellen wäre, um welchen Zeitraum;
- verstärkte Rekrutierung von Berufssoldaten und Zeitsoldaten;
- freiwilliger Einsatz von Frauen bei Nachschubverbänden.

Alle diese Maßnahmen sind so ausgerichtet, daß sie ohne zusätzliche Beschlüsse zur Vergrößerung der Armee dienen können. Daß Apel abermals die „Frauen-zur-Bundeswehr"-Losung in die Debatte bringt zeigt darüber hinaus, daß er sich keinesfalls um die Proteste, die selbst innerhalb seiner eigenen Partei groß waren, kümmern wird.

„Weg der Partei" 3/80 erschienen

Strauß: durchleuchtet

„Der Weg der Partei", das theoretische Organ unserer Partei, vereint in seiner jetzt erschienenen Ausgabe drei Artikel zu verschiedenen Problemen des gegenwärtigen Klassenkampfes. Der erste Beitrag setzt sich mit der Philosophie Mao Tse-tungs auseinander, der zweite analysiert die hinter Strauß stehenden Kräfte des Finanzkapitals und der dritte erläutert am Beispiel des Klassenkampfes in Westdeutschland die Strategie und Taktik der proletarischen Revolution.

„Die Philosophie Mao Tse-tungs — Idealismus und Metaphysik", unter dieser Überschrift wird das wahre Wesen der maoistischen Philosophie, des Kerns der sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen, herausgearbeitet. Der Artikel gibt — Stalins berühmten Ausführungen folgend — eine knappe und verständliche Definition des dialektischen Materialismus. Dann wendet er sich dem von Mao besonders arg strapazierten Prinzip der Einheit der Gegensätze zu. Es wird gezeigt, daß Mao dieses Prinzip keineswegs dialektisch auffaßt, so wie es die Klassiker des Marxismus-Leninismus getan haben. Er stellt vielmehr zwischen den beiden entgegengesetzten Seiten des Widerspruchs in einem Ding eine rein mechanische Verbindung her. Nach Maos Philosophie soll sich ein Ding dadurch entwickeln, daß die beiden Seiten des Widerspruchs einfach nur ihr Plätze tauschen.

Erläutert wird das am Beispiel von Maos Auffassung der proletarischen Revolution. Mao leugnet, daß durch die Revolution eine qualitative Veränderung der Gesellschaft erfolgt, indem ein neuer Typus, nämlich die sozialistische Gesellschaftsform entsteht. Er sieht als Ergebnis der Revolution wieder nur einen mechanischen „Platzwechsel", daß nämlich die Bourgeoisie von der herrschenden zur beherrschten und das Proletariat von der beherrschten zur herrschenden Klasse würde. Bekanntlich hat ja der Maoismus gepredigt, daß sich dieser Platzwechsel endlos wiederholen müßte, daß — wie Mao selbst es sagte — auch in hundert oder tausend Jahren Revolutionen notwendig wären. Statt einer dialektischen Aufwärtsentwicklung der Gesellschaft also eine zyklische Bewegung auf immer der gleichen Stufe.

Der Artikel entlarvt überzeugend die vollständige Beliebigkeit, mit der Mao und seine Jünger mit Begriffen der Dialektik jonglieren und sie ihres Inhalts berauben. Zweierlei ist dabei kennzeichnend für die maoistische Philosophie: Zum einen das offene Leugnen der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung von Natur und Gesellschaft. So etwa, wenn behauptet wird, der Hauptwiderspruch in einem Ding könne sich ändern, ohne daß dieses Ding dabei seinen Charakter ändern müsse; oder wenn bestritten wird, daß das gesellschaftliche Sein grundsätzlich das Bewußtsein bestimmt.

Weiter ist kennzeichnend für diese Philosophie, daß es ihr gar nicht um Erkenntnis geht, sondern ausschließlich um die Rechtfertigung der jeweiligen Politik. So haben denn die „Mao-Tse-tung-Ideen" auch stets den „theoretischen" Hintergrund für alle Windungen und Wendungen der bürgerlichen chinesischen Politik abgeben können.

„Wer steht hinter Franz Josef Strauß?" Diese Frage, die der zweite Artikel von „Der Weg der Partei" aufwirft, ist gegenwärtig natürlich von besonderer Aktualität und ruft dementsprechend ein besonders starkes Interesse hervor. In dem Beitrag wird hervorgehoben, daß die Antwort „natürlich das große Kapital" auf die gestellte Frage nicht genügt. Es wird dann im Folgenden der Versuch unternommen, diejenigen Monopolgruppen genauer zu bestimmen, die in Strauß ihren Mann sehen, den sie gerne am Ruder der Bonner Regierung hätten. Der Artikel analysiert das enge Verhältnis von Strauß und seiner Partei zur sogenannten „Zukunftsindustrie" und arbeitet heraus, daß es sich dabei im wesentlichen um Rüstungsindustrie handelt. Die entsprechenden Konzerne wie etwa Siemens, Flick usw. haben stets in Strauß und seinen Leuten Vertreter ihrer besonderen Interessen gesehen.

Der Beitrag im „Der Weg der Partei" zeigt, wie das CSU-regierte Bayern in den letzten Jahrzehnten zum Zentrum der westdeutschen Rüstungsindustrie wurde; er geht im Einzelnen den personellen Verflechtungen zwischen der Rüstungsindustrie und der Strauß-Partei nach, wobei hervorgehoben wird, daß die technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte den Anteil der traditionellen Schwerindustrie an der Rüstung zugunsten anderer Bereiche wie etwa Elektronik, Flugzeug- und Raketenbau usw. zurückgedrängt wurde. Und letzteres ist genau die „Zukunftsindustrie", die mit massiver Unterstützung der CSU ihre Heimat in Bayern gefunden hat.

„Der Weg der Partei" analysiert die Mechanismen des Rüstungsgeschäfts, die sogenannte Selbstkostenerstattung, das Prinzip der „gleitenden Preise", die staatliche Finanzierung der Entwicklungskosten usw. All das macht die Rüstungsproduktion so überaus profitabel, macht aus ihr ein — wie Lenin es nannte — „durch Gesetz legalisiertes Plündern der Staatskasse".



Der Artikel beschreibt die verschiedenen monopolistischen Fördererkreise für Strauß, die seit Jahren daran arbeiten, ihren Mann in der Bonner Regierungsverantwortung zu bringen. Schließlich wird die Haltung der Monopolgruppen gegenüber der von der sozialliberalen Koalition eingeleiteten Ostpolitik untersucht, wobei vor allem herausgearbeitet wird, daß die traditionellen Ruhrmonopole, namentlich die Stahlindustrie ein starkes wirtschaftliches Interesse am Ostgeschäft haben; daß diese Gruppierungen demnach auch stärker auf Schmidt setzen — im Gegensatz zu den oben beschriebenen Monopolgruppen, in deren Interesse der von Strauß betriebene Kurs der Verschärfung äußerer Spannungen liegt.

„Die Strategie und Taktik der proletarischen Revolution". Bei diesem Artikel handelt es sich um das Referat des diesjährigen Parteilehrjahrs der KPD. Es entwickelt in der Darlegung der marxistisch-leninistischen Lehre von Strategie und Taktik der Revolution die aktuellen und langfristigen Aufgaben unserer Partei im Klassenkampf.

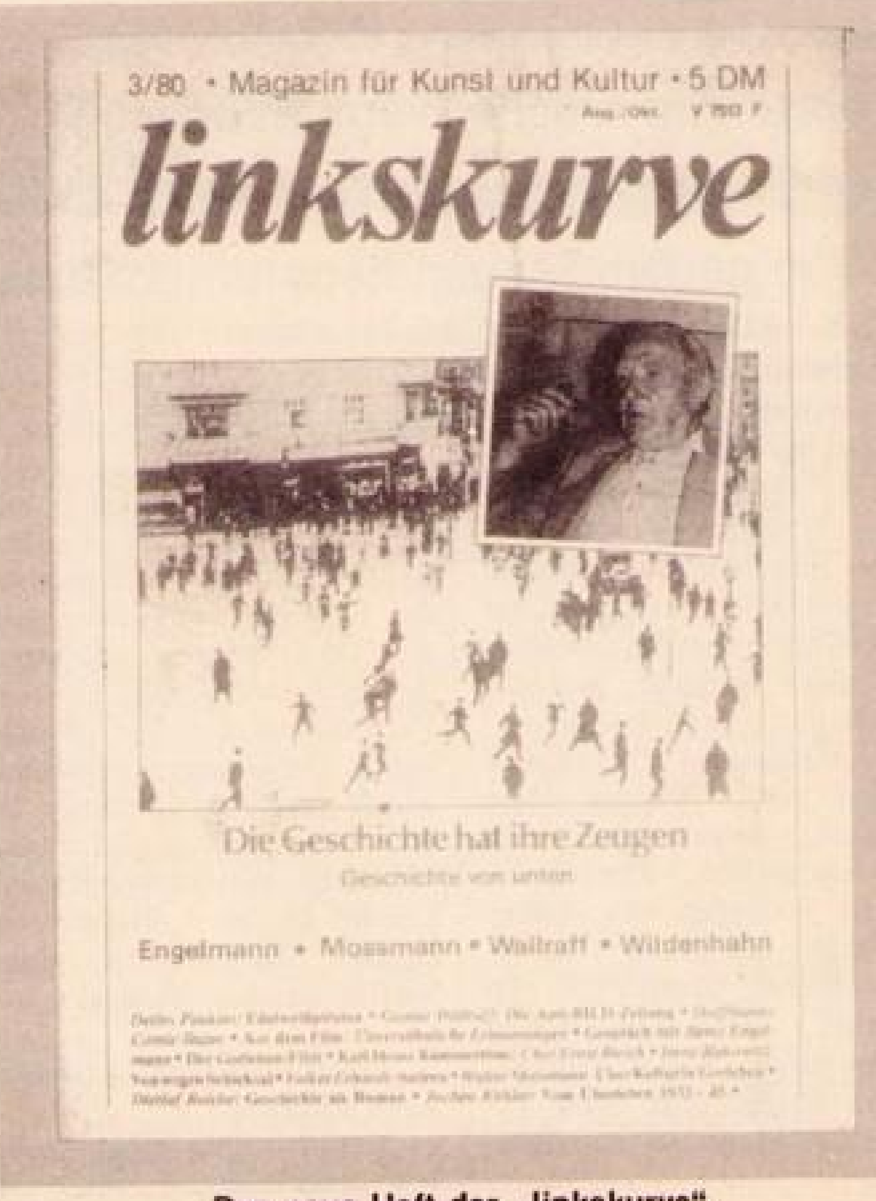
Die neue „linkskurve" ist da

Thema: Geschichte von unten

Geschichte von unten — das ist das Thema der neuen Ausgabe der „linkskurve" — Das Magazin für Kunst und Kultur 3/80. Geschichte von unten — das ist die Geschichte, von der in den offiziellen Geschichtsbüchern wenig bis nichts steht, die verdrängte Geschichte des Kampfes der unterdrückten Klassen, Geschichte aus der Sicht und vom Standpunkt der kleinen Leute.

Im Mittelpunkt der Beiträge steht die Zeit zwischen 1933 und 1945, und hier wieder die Erfahrungen und Schwierigkeiten der Autoren bei der Erforschung des Lebens und der Kämpfe des Volkes in dieser Zeit. Jochen Köhler, ein Berliner Autor, hat 18 ältere Berliner nach ihrem Leben und Überleben in der Zeit des Faschismus befragt; in seinem Buch „Klettern in der Großstadt" gibt er die Gespräche wieder, montiert sie zu einer kollektiven Erinnerung, zu einem volkstümlichen Mythos. In seinem „linkskurve"-Beitrag beschreibt Jochen Köhler seine Erfahrungen beim Befragen der „Zeitgenossen", seine Betroffenheit, sein Nachdenken. Ebenso beschreibt Rolf Hochhut seine Schwierigkeiten beim Befragen der Zeugen und beim Schreiben der Wahrheit, beim Schreiben seines Buches „Eine Liebe in Deutschland", das einen authentischen Fall aus der Zeit des Hitler-Regimes zum Gegenstand hat.

Einer der eindrucksvollsten Beiträge ist der Textauszug aus dem Film „Unversöhnliche Erinnerungen" von Klaus G. Volkenborn, Johann Feindt und Karl Siebig. In dem Film kommen zwei Personen der Zeitgeschichte zu Wort: Ludwig Stillger, Maurer, der im spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Internationalen Brigaden kämpfte und heute Rentner in Remscheid ist, und Hennig Stümpell, Jagdflieger bei der berüchtigten Legion Condor im spanischen Bürgerkrieg, später Bundeswehrgeneral. Die „linkskurve" dokumentiert den Teil des Filmtextes, der die Lebensgeschichte der beiden, ihr Klassenschicksal im Nachkriegsdeutschland vorstellt.



Das neue Heft der „linkskurve".

Weitere Beiträge sind ein Interview mit Bernt Engelmann, dem Autor der Antigeschichtsbücher, über seine Methode der Geschichtsschreibung; ein Vorabdruck aus Detlev Peuckerts Buch „Die Edelweißpiraten"; ein Artikel über ein geplantes „Museum der Arbeit" in Hamburg und andere.

Der „Werkstatt-Teil" der „linkskurve" befaßt sich diesmal mit dem Thema Dokumentarfilm. Die Beiträge sind unter anderem: Ein Gespräch der „linkskurve" mit den Filmemachern Christa Donner, Gabriele Voss und Christoph Hübner über das gegenwärtig noch in Arbeit befindliche Filmprojekt des Ruhr-Film-Zentrums „Chronik einer Zeche und ihrer Kolonie"; ein Beitrag von Detlef Langer über die „Wendland-Filmcooperative"; ein Gespräch mit der „Hauptdarstellerin" Irene Rakowitz über ihre Mitarbeit an dem Dokumentarfilm „Von wegen Schicksal".

Außerdem enthällt die „linkskurve" einen Beitrag von Walter Mossmann über den Gorleben-Sender „Radio Freies Wendland", einen Artikel über Ernst Busch; ein Gespräch mit Günter Wallraff: „Bild" gerät unter Druck". — Alles in allem eine gelungene Nummer.



Sozialismus, wie er wirklich ist

In den letzten Wochen wurde in unserem Land die Propagandakampagne gegen den Sozialismus einmal mehr verstärkt. Aus Anlaß der Streikbewegung der polnischen Arbeiter wurde das „Versagen des Kommunismus" an die Wand gemalt. Die sogenannte „stalinistische Bürokratie" ist nach Meinung aller Antikommunisten die Ursache allen Übels. Da mit dieser Meinungsmache nach wie vor auch viele fortschrittliche Menschen beeinflußt werden, wollen wir diese Gelegenheit nutzen, einige Bücher zu diesem Thema vorzustellen.

Enver Hoxha: Begegnungen mit Stalin (Erinnerungen)

Einen großen Beitrag zur Darstellung der geschichtlichen Wahrheit über Stalin leistet dieses Buch. Enver Hoxha, der erste Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens erinnert sich an seine fünf Begegnungen mit Stalin und schildert deren Verlauf. Aus der Wiedergabe dieser fünf Gespräche wird die politische Haltung wie auch der menschliche Charakter Stalins deutlich. In aller Schärfe wird der Unterschied zur heutigen sowjetischen Führung herausgearbeitet. So wenn Stalin in einem Gespräch die Nachteile und möglichen Gefahren gemeinsamer internationaler Betriebe darlegt. Jeder, der die heutige, als sozialistische Integration ausgegebene Praxis der UdSSR kennt, zahlreiche gemeinsame Betriebe mit anderen scheinsozialistischen Ländern aufzubauen, wird den krassen Gegensatz bemerken. Oder wenn Stalin mit den albanischen und griechischen Kommunisten über deren politische Gegensätze diskutiert. Wer sich daran erinnert, wie die reaktionäre Propaganda die KPdSU(B) unter Stalins Führung als Diktator-Partei darstellt, die die kommunistische Weltbewegung nach ihren eigenen nationalen Interessen befehligte, wird hier das genaue Gegenteil lesen. Die damaligen sowjetischen Führer bemühten sich mit großer Geduld und Sachlichkeit, diese Gegensätze zu klären. Dies geschieht in einer offenen Debatte, einzig und allein vom Gedanken geleitet, das Fortkommen der Weltbewegung zu erleichtern.

So entsteht aus diesen Erinnerungen ein ganz anderer Stalin, eine ganz andere KPdSU(B) als in der bürgerlichen und revisionistischen Propaganda. Klar und deutlich wird die sozialistische Haltung Stalins und der damaligen UdSSR in allen bewegenden Fragen der damaligen Zeit.

Sayers/Kahn: Die große Verschwörung

Der Sozialismus frißt seine Kinder: Diese Behauptung ist stets die letzte Fußangel, die die Reaktion Menschen in den Weg legt, die sich auf dem Weg zur Kommunistischen Partei befinden. Und als Beispiel wird dafür mit schöner Regelmäßigkeit eine Reihe von Namen genannt, die dieses Schicksal angeblich erleiden mußten. Trotzki und Bucharin stehen dabei besonders hoch im Kurs.

Die Reportage der beiden parteilosen amerikanischen Journalisten tritt nun dieser ganzen Kampagne, die sich vor allem auf die Moskauer Prozesse der Jahre 1936 bis 1938 konzentriert mit Tatsachen entgegen. Vor dem Kriege, als die antisozialistische Propaganda noch nicht von Moskau bis Washington gleichgeschaltet gewesen war, hatte es noch verschiedenste offizielle Stimmen gegeben, die die Hetzkampagne gegen die sozialistische UdSSR jener Jahre durchbrachen. Eine davon ist eben dieses Buch. Dort wird die wirkliche Tätigkeit jene Leute des „Blocks der Rechten und Trotzkisten" dargestellt und dem sozialistischen Aufbau gegenübergestellt.

So erscheinen Trotzki und Bucharin und andere nicht mehr als scheinbare Revolutionäre, die Opfer des Systems wurden, sondern als eine Führungsgruppe einer konterrevolutionären Geheimorganisation, die mit Mord und Sabotage gegen den Sozialismus vorgingen. Hier erscheint die sowjetische Arbeiterklasse in jenen Jahren nicht als duldende Masse, sondern als Kraft im Kampfe gegen diese und andere wesensgleiche Gruppierungen. Ein sehr lesenswertes Buch für jeden, der die damaligen Geschehnisse selbst beurteilen will.

Die Wahrheit über J.W. Stalin

Dieses Buch aus der Redaktion Roter Morgen hat es sich zur Aufgabe gemacht als Handbuch, als Arsenal von Argumenten gegen die antisozialistische Hetze zu dienen. Eine Vielfalt von Fragen, von den Moskauer Prozessen über die Entwicklung der polnischen Frage im Laufe des Krieges bis zur Berlin-Politik nach dem Kriege wird hier dargestellt. Dabei werden in jedem einzelnen Abschnitt zahlreiche Fakten gegen die reaktionäre Verleumdungskampagne angeführt, die unter Legenden begrabene Wahrheit wieder ans Tageslicht gerückt. Und dabei wird aber auch die durchgehende Linie der Politik der KPdSU(B) und Stalins deutlich: alles für den Frieden, die Demokratie, den Sozialismus.

Enver Hoxha: Begegnungen mit Stalin — Erinnerungen; erschienen im Verlag Roter Morgen 1980, 200 Seiten, 8,80 DM.

Die Wahrheit über J.W. Stalin; erschienen im Verlag Roter Morgen 1979, 300 Seiten, 8 DM.

Sayers/Kahn: Die große Verschwörung; erschienen im Verlag Volk und Welt 1949, zu beziehen über Verlag Roter Morgen, 13,50 DM.

Generalstabschef ist jetzt Staatspräsident

Militärjunta festigt ihre Macht

Das Vorgehen widerlegt die Legende vom demokratischen Putsch

ANKARA. — Mit einer riesigen Verhaftungs- und Verbotswelle festigt die Junta der türkischen Generale ihre Diktatur. Die Unternehmerorganistionen des Landes haben den Putsch begeistert begrüßt. Unterdessen besetzen die Generale immer mehr politische und Verwaltungsposten mit Offizieren, während sie die Fortsetzung von Demirels Wirtschaftspolitik ankündigen.

Am Montag vergangener Woche reagierte der Vorsitzende des türkischen nationalen Unternehmerverbandes mit einer offiziellen Erklärung auf den Militärputsch. Kernsatz aus Marins Stellungnahme: „Jetzt ist es so weit. Jetzt werden wir investieren!" Einer seiner Stellvertreter, der Vorsitzende der Istanbuler Industriekammer Cavusoglu ergänzte gegenüber der westlichen Presse: „Darauf haben wir lange gewartet."

Die Tatsachen die zu diesem offenen Jubel der Kapitalisten führen, liegen auf der Hand. Das Verbot der gewerkschaftlichen Betätigung, die Verhaftung von über 200 Gewerkschaftsfunktionären, das erlassene Streikverbot, das verkündete Lohndiktat. **Das sofort ausgesprochene Verbot von Streiks zwang 60 000 streikende Arbeiter unter Androhung von Waffengewalt zur Wiederaufnahme der Arbeit. Das verkündete Lohndiktat von 70 Prozent Lohnerhöhung ist sowohl angesichts einer — offiziellen — Inflationsrate von 108 Prozent als auch im Vergleich zu den erhobenen Forderungen von rund 100 Prozent mehr Lohn in Wirklichkeit eine Lohnsenkung.**

Ebenso wie die Tatsache, daß über 30 Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei noch in Haft sind, allesamt von deren „linken" Flügel, beweisen diese wenigen Tatsachen bereits völlig, daß dieser sogenannte neutrale Putsch in Wirklichkeit eine zutiefst arbeiterfeindliche, reaktionäre Stoßrichtung hat.

Mit dem Putsch der Generale soll der Kampf der Werktätigen der Türkei unterdrückt werden, nachdem dieses Ziel weder mit dem Mordterror der faschistischen Banden, noch mit dem begrenzten Kriegsrecht erreicht wurde.

Angesichts einer Inflationsrate die weit über 130 Prozent liegt, angesichts einer Arbeitslosigkeit von — in westlichen bürgerlichen Blättern gemeldeten — 35 Prozent und einer Staatsschuld von mindestens 18 Milliarden Dollar die die weitere Inflation antreibt, war der Kampf der Werktätigen im letzten Jahr immer heftiger geworden.

So war bisher das Kriegsrecht auf jene Provinzen beschränkt gewesen, wo die Industriezentren liegen. Mit mindestens drei großen Massakern sollte in den letzten Jahren die Arbeiterbewegung eingeschüchtert und ihrer Vertreter beraubt werden. In guter Erinnerung dürfte vielen Menschen noch der Feuerüberfall auf die gewerkschaftliche Mai-Kundgebung in Istanbul sein, der der Auftakt zur blutigen faschistischen Terrorkampagne war.

Auch anhand der Massaker in den Städten Karamanmahras und Corum wird die Legende von Terror aus beiden extremen Richtungen widerlegt. Dort waren es bekanntermaßen faschistische Banden, die Hunderte von Menschen an einem einzigen Tag massakrierten. Das weiß natürlich auch Evren, der die 5 200 Toten der beiden letzten Jahre als Alibi für seinen Putsch mißbraucht. Und mit ihm weiß es auch die Presse, die diese Darstellung voll übernimmt. Aber die Wahrheit geht noch viel weiter als bis zu diesen einfach Feststellungen. **Die Bevölkerung von Corum, die sich dem Angriff faschistischer Mordbanden mit dem Bau von Barrikaden widersetzte, mußte mitansehen, wie eben diese Banden von Evrens Generälen als Hilfstruppe beim „Aufräumen" der Stadt eingesetzt wurden!**

So wird der Kurs der Generale klar. Während der unverhüllte politische Terror unter Nachrichtensperre und mit beschönigenden Worten ausgeübt wird, wird türkischen wie ausländischen Kapitalisten versichert, die Wirtschaftspolitik Demirels werde fortgesetzt.

In den ersten 24 Stunden nach dem Putsch wurden in sechs der 67 türkischen Provinzen bereits 182 „Terroristen" verhaftet. Mehrere Dutzend warten in Todeszellen auf die Vollstreckung der Urteile, die, so Evren, jetzt beschleunigt vollstreckt werden sollen. Gegen Terroristen und Separatisten werde man hart vorgehen meinte er. Türkesch, Führer der faschistischen Banden kann damit nicht gemeint sein: Er steht, komfortabel eingerichtet, unter „militärischer Aufsicht". Gemeint sind jene „47 linksterroristischen Organisationen" von denen Evren schon zur Zeit seiner ersten offenen Drohung vom Dezember 1979 sprach.

Mit den Seperatisten kann nur das kurdische Volk gemeint sein, das in der Türkei einer wilden rassistischen Unterdrückung unterworfen ist und sich dagegen wehrt. Die Richtung dieser Drohung zielt vor allem darauf ab, das gesamte Territorium der Türkei als sichere NATO-Basis zu bewahren.

Demirels Wirtschaftspolitik, die gleichzeitig fortzusetzen versprochen wird, war natürlich nicht von Demirel, sondern von den Experten aus den USA im Dienste des Internationalen Währungsfonds ausgearbeitet worden. Die staatlichen Betriebe sollen rationalisiert werden, die Belegschaften bis um die Hälfte verkleinert, die türkische Lira weiter abgewertet werden: mehr Arbeitslosigkeit und Inflation für die Werktätigen, höhere Profite vor allem für die ausländischen Monopole. Das ist die Wirtschaftspolitik die fortgesetzt werden soll. Dazu braucht man heute das Kriegsrecht überall im Lande, dazu braucht man eine offene Diktatur — dazu braucht man Evrens Junta.



Die NATO-Strategie war klar

Die Türkei als Spionagezentrale und Operationsbasis sichern

Der türkische Generalstab untersteht NATO-Befehl

BRÜSSEL. — Die westlichen Zeitungen meldeten es ganz offen: Erleichterung im europäischen NATO-Hauptquartier Brüssel über den Militärputsch. Denn der Hauptgrund für diesen Putsch war das NATO-Verlangen, dieses strategisch so wichtige Land für die eigenen Armeen zu sichern.

Der US-Kommandant in der Türkei, General Rennick betonte in den letzten Tagen abermals, er sei erst um 2 Uhr 45, also eineinviertel Stunden vor dem Putsch informiert worden.

Nun, dies mag, was Rennick persönlich betrifft stimmen, auch wenn es sehr unwahrscheinlich ist. Unwahrscheinlich deshalb, weil zur selben Zeit ein NATO-Manöver in der Türkei stattfindet, die Truppen also von der NATO direkt beobachtet, zum Teil mit Befehlen dirigiert werden.

Selbst wenn hier Befehle über Rennicks Kopf hinweg gelaufen sein mögen, bleiben folgende bekannte Tatsachen: General Kenan Evren, der jetzige Oberputschist, war im August eine Woche lang zu Besuch in den USA. Da Evren schon im Dezember offen mit Putsch gedroht hatte, liegt es nahe, daß dies auch ein Thema war. **Und vier Tage vor dem Putsch kam der Luftwaffengeneral, Oberbefehlshaber der Luftwaffe und jetziger Stellvertreter Evrens in der Junta, Catinhaya, von einem mehrtägigen Besuch in den Vereinigten Staaten zurück.** Da Luftwaffe und Panzereinheiten beim Putsch selbst eine wichtige Rolle spielten, dürfte der General über alle Einzelheiten bereits informiert gewesen sein. Beide, Generalstabschef und Luftwaffenchef waren Organisatoren, als Hauptträger der Putschpläne bekannt. Sie sprachen mit dem Pentagon, der Regierung und dem Außenministerium (!) der USA.

Grünes Licht zum Losschlagen — das ist das mindeste, was die beiden aus Washington mitbrachten. Denn die Türkei ist das Zentrum der amerikanischen Ostspionage geworden. Die vier großen „Aufklärungsbasen" in Belbasie, Sinape, Diyarbakir und Karmazula sind die größten ihrer Art in Mittel- und Nahost. 15 weitere NATO-Aufklärungsstationen befinden sich im Lande, sowie technische Hilfstruppen, Ausbilder, Offiziere usw.

General Rennick selbst, das ist seit langem bekannt, konferiert in monatlichen Abständen einmal mit dem türkischen Generalstab, ohne daß die türkische Regierung anwesend wäre. Die 10 000 US-Soldaten und das Territorium der Stützpunkte sind nicht dem türkischen Gesetz unterworfen. Diese Stützpunkte umfassen allein ein zwanzigstel des gesamten türkischen Staatsgebietes.

Bereits mehrmals, so bei der Aggression gegen den Libanon 1957 und bei der Versorgung der Aggressionstruppen in Vietnam diente die Türkei als Ausgangspunkt bzw. Nachschubbasis für direkte militärische Überfälle der USA auf andere Länder.

Und gerade in der heutigen Situation, wo der Iran als zentrale Stütze für die US-Großmachtpolitik in Asien weggefallen ist, ist die Türkei umso wichtiger geworden.

Die strategische Sicherheit der US-Basis Türkei (denn dort sind noch weitere Einrichtungen geplant) war so auch der Hauptgrund für das Verlangen der Wall Strett und seiner Funktionäre im Pentagon dort „geordnete Verhältnisse" herzustellen.

Die Hintergründe der sogenannten Türkei-Hilfe

Kredite zum höchsten Zinssatz Europas

Die Türkei hat die größte europäische NATO-Armee

BONN. — Die im April offiziell von den westlichen Industrieländern und ihren internationalen Organen organisierte Schnellhilfe für die türkische Regierung wird auch nach dem Putsch auf jeden Fall weitergeführt. Das erklärten sofort nach dem Putsch verschiedene westeuropäische Politiker und besonders deutlich die aus Bonn. Der „besonders wichtige" NATO-Partner Türkei wurde in einer — in dieser Art — einmaligen Zusammenarbeit gestützt.

Die wirtschaftliche Situation der Türkei ist in der Tat in den letzten drei Jahren immer schlechter geworden. Geradezu dramatisch verschlechtert hat sie sich im letzten Jahr. Die rechnerische Steigerung des Sozialprodukts für 1979 betrug 0,2 Prozent. Da aber gleichzeitig das Bevölkerungswachstum auf 2,5 Prozent anstieg, ist das Sozialprodukt in Wirklichkeit um 2,3 Prozent gesunken! Damit hat die Türkei das schlechteste wirtschaftliche Ergebnis aller europäischen Staaten im letzten Jahr.

Die staatlichen Betriebe, die fast 60 Prozent der Schwerindustrie ausmachen und rund 40 Prozent der Industriearbeiter beschäftigen, sind seit Jahren nicht mehr ausgelastet. In der Mehrzahl (!) dieser Betriebe wird die Produktionsmöglichkeit nur noch zwischen 33 und 50 Prozent ausgenutzt. Dabei fehlt dieser staatlichen Schwerindustrie jegliche Versorgung mit Vorprodukten und Halbfabrikaten — sie müssen ihre Materialien zu immer teueren Preisen im Ausland einkaufen. Die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) aufdiktierte Abwertung der türkischen Lira macht diese Einkäufe immer noch teurer.

Vor allem, so wird in der westlichen Propaganda betont, hätten die extrem gestiegenen Ölpreise die türkische Verschuldung hervorgerufen. Gekauft wird das türkische Öl aber keineswegs von der OPEC, sondern von den angloamerikanischen Ölmonopolen, die die Gläubiger der Türkei sind. Diese waren es auch, die bis heute verhindert haben, daß die großen Vorkommen an Stein- und Braunkohle in der Türkei ungenutzt wurden, und auch die beträchtlichen Möglichkeiten Energie aus Wasserkraft zu gewinnen wurden nicht genutzt.

Man kann also keineswegs sagen, die türkische Misere, der „kranke Mann am Bosporus" wie es oft genannt wird, sei durch die Faulheit oder Streikbegierde der Werktätigen der Türkei entstanden. Es sind die kapitalistischen Monopole, vor allem Westdeutschlands und der USA, die das Land in diese Lage hineingetrieben haben. Die türkischen Kapitalisten waren mit diesem Kurs voll einverstanden.

Die Wirtschaftshilfe des Westens für die Türkei wurde in bisher zwei Runden organisiert. Die erste im Mai 1979 auf Betreiben der Bundesregierung, die ihren Gesandten, den CDU-Politiker Leisler Kiep in zahlreiche Länder schickte um ein internationale Zusammenarbeit zu organisieren.

Dabei wurden 900 Millionen US-Dollar, zu damaligem Kurs rund 1,6 Milliarden Mark bereitgestellt. Die USA und die Bundesrepublik leisteten davon je 200 Millionen Dollar, also 360 Millionen Mark.

Im April dieses Jahres wurde durch eine Vielzahl kombinierter Maßnahmen, Umschuldungen, nationale Kredite und IWF-Kredite insgesamt weitere 3,05 Milliarden Mark bereitgestellt, wovon die Bundesrepublik in einer ersten und zweiten Rate bereits 395 Millionen finanzierte und jetzt weitere 460 Millionen Mark. Die USA geben weiter einen direkten zusätzlichen Kredit von 2,2 Milliarden Dollar und weitere 250 Millionen Dollar Militärhilfe. **Wobei es so ist, daß nach Berechnungen westlicher Institute rund 30 Prozent der gesamten Kredite für die türkische Armee ausgegeben werden. Der offizielle türkische Etat für die Rüstung beträgt rund sechs Milliarden Mark für 1980, was bei weitem nicht ausreicht, die größte europäische NATO-Armee, rund 600 000 Mann stark, zu finanzieren und zu modernisieren wie geplant.**

Durch diese wahre Kreditwelle wird die türkische Auslandsverschuldung auf mehr als 50 Milliarden Mark anwachsen.

Dabei geschieht dies absolut nicht zu Freundschaftspreisen. Auch hier diktieren die NATO-Partner, die Herren des Landes, das Geschehen.

Zwar wird die Rückzahlung gestundet, aber der Zinssatz für diese Kredite liegt 1,75 Prozent über dem normalem Satz für Kredite in Europa, dem sogenannten LIBOR-Satz, den britische Banken ausarbeiteten.

Neben allen strategischen Überlegungen vergessen also die westlichen Monopole nicht, ihren wirtschaftlichen Einfluß, ihre Machtpositionen und Provite bei den ganzen Vorgängen zu stärken und auszubauen.



CDU in Spendenaffäre verwickelt

Der christdemokratische Steuerbetrug

Neue Enthüllungen angekündigt

Gegen den Widerstand der Oberstaatsanwaltschaft Bonn hat das Oberlandesgericht Hamm jetzt einen Beschluß gefällt, wonach die Anklagebehörde ausführlich über den Stand des Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung gegen führende CDU-Funktionäre informieren müsse. Bisher hatte sich die Oberstaatsanwaltschaft geweigert, die Öffentlichkeit zu unterrichten. Nun stehen neue Enthüllungen über die schmutzige Praxis der Finanzierung der großen bürgerlichen Parteien bevor.

Das Parteiengesetz der Bundesrepublik begrenzt die Höhe der von den Steuern abzugsfähigen Parteispenden auf jährlich 600 Mark. Das bremst natürlich die Spendierfreudigkeit der Industrie. So gründeten Strohmänner in der Hauptstadt von Liechtenstein, Vaduz, ein Institut für Unternehmensberatung, eine Briefkastenfirma, wie sich bald herausstellte.

Der ehemalige BDI-Präsident Fasolt, Geschäftsführer und Gesellschafter der Fliesenfabrik Wesselwerke in Bonn, gab insgesamt vier Gutachten bei der Vaduzer Firma in Auftrag, die er mit 10000 Mark pro Stück honorierte. Von Vaduz aus floß das Geld auf das Konto westdeutscher Firmen, die der CDU gehören. Die Gutachten aber kamen nur in der Buchführung vor, in Wirklichkeit hat es sie nie gegeben. Fasolt setzte das „Honorar" als Betriebskosten von der Steuer ab, die CDU war um 40000 Mark reicher.

Wie Fasolt trieben es noch eine ganze Reihe Industrieller, und die CDU spielte das ebenso schmutzige wie ertragsreiche Geschäft wacker mit.

Nach Auskünften des leitenden Oberstaatsanwalts in Bonn wurden insgesamt über 100 Ermittlungsverfahren von 30 Staatsanwaltschaften gegen Unternehmer oder CDU-Funktionäre abgewickelt. In 36 Fällen wurde die Schuld festgestellt und Strafbefehle ausgestellt. Fasolt beispielsweise zahlte 11250 Mark Strafe. Insgesamt summierte sich die (bekanntgewordene) Steuerhinterziehung bei den Unternehmen auf 300000 Mark; der CDU flossen Mittel in Höhe von mehr als einer halben Million zu. In 46 fällen wurde das Verfahren wegen Verjährung oder Ablebens der Betroffenen eingestellt.

Zu den beteiligten Unternehmen zählen nach Angaben des „Spiegels" unter anderem die Bonner Kautex-Werke, die Dortmunder Actien-Brauerei, der Kaufhof, der Zigarettenkonzern BAT, die Mainzer Blendax-Werke, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", Daimler-Benz, Mannesmann, die Melitta-Werke, VW do Brasil sowie der Verband der chemischen Industrie und der Industrieverband Körperpflege und Waschmittel.

Verwickelt in die betrügerischen Steueroperationen sind vor allem auch führende Politiker der CDU. Im Zusammenhang mit dem Skandal wurde schon im letzten Jahr der Name des CDU-Schatzmeisters und Spitzenpolitikers Walter Leisler Kiep genannt. Zu dem Kreis der Verdächtigen zählt auch — wie nun bekannt wurde — der ehemalige Bundeswirtschafts- und Schatzminister Kurt Schmücker.

Die schwarzen Politiker, die den Mund nicht voll genug nehmen können, wenn es darum geht, ihre Sorge um das Wohl Deutschlands zu beteuern — sie scheuen sich in ihrer Bereicherungssucht nicht, auch mit illegalen Methoden dem Steuerzahler das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Der Hirtenbrief

GOTT schreibt hier u.: Die Staatsfinanzen sind unheimlich zerrüttet!

Korruption in Polen

Jagdhütte in Kenia

Ein Fall aus dem Leben der polnischen Führungsschicht

„Bankrott des Sozialismus" —: Wenn die Propagandisten des westlichen Kapitalismus auf Polen zu sprechen kommen, dann haben sie stets dieses Schlagwort zur Hand. Und sie fügen mehr oder weniger deutlich hinzu: Das eigentliche Ziel der Streiks der polnischen Arbeiter sei die Herstellung von Verhältnissen, wie wir sie hier im Westen haben. — Meine Herren! Für solche Verhältnisse brauchen die polnischen Arbeiter nicht mehr zu streiken — sie haben sie schon.

Im Zuge der Selbstkritikaktion, die zur Beschwichtigung der Bevölkerung durchgeführt wird, sah die polnische Regierungspartei sich genötigt, auch den Leiter des staatlichen Rundfunks und Fernsehens, Maciej Szczepanski, seines Postens zu entheben. Dabei wurden auch einige Angaben über Szczepanskis Treiben und Vermögen bekannt.

Szczepanski steht im Verdacht der Vermögenshinterziehung. Unter anderem — heißt es — habe er sieben Privatautos beschafft. Vier weitere habe er für seine Sekretärinnen bereitgestellt. Zu seinem Vermögen zählten zudem zwei Flugzeuge, ein Hubschrauber und eine Yacht im Werte von umgerechnet 36 Millionen Mark. Der ehemalige Rundfunk- und Fernsehchef, der am 24. August im Zuge der Umbildung von Regierung und Parteiführung sein Amt verlor, habe darüberhinaus einen Schafzuchtbetrieb nahe der Grenze zur Sowjetunion, eine Villa im Wintersportort Zakopane und sogar eine Jagdhütte in Kenia sein eigen genannt.

Der Fall Szczepanski ist jedoch nur die Spitze eines Eisbergs. Was die Warschauer jetzt als einen bedauerlichen Einzelfall, als eine Überspitzung hinzustellen suchen, ist nichts anderes als ein notwendiges Produkt der kapitalistischen Verhältnisse im Ostblockland Polen. Sein Wagen- und Flugzeugpark hatte Szczepanski doch nicht im Keller eingemottet, mit seiner Yacht ist er doch nicht heimlich in seiner Badewanne herumgeschwommen etc., sondern in Polen bestand und besteht genau das Milieu und die gesellschaftlichen Verhältnisse, in dem die Millionäre und ihr Luxusleben gedeihen können, und wo sie sich erst genötigt sehen, das eine oder andere „schwarze Schaf" zu opfern, wenn der Unmut der unterdrückten, ausgebeuteten und notleidenden Bevölkerung über die Ufern schlägt.



Monsignore Holocaust

Anzeige wegen Volksverhetzung

Würzburger Bistumsblatt kommt vor Gericht

Monsignore Prälat Helmut Holzapfel, der „geistliche Chefredakteur" des „Würzburger Katholischen Sonntagsblattes", muß sich nun vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft Würzburg sah sich zu einer Anzeige wegen Volksverhetzung und Beleidigung gezwungen, nachdem Holzapfel in dem Blatt antisemitische Betrachtungen über die Rolle von Juden im Dritten Reich und davor veröffentlicht hatte (siehe auch RM 29/80). Das „Würzburger Katholische Sonntagsblatt" ist das offizielle Organ des katholischen Bischofs der unterfränkischen Diözese.

In seinem Blatt schrieb der klerikale Schmierfink unter anderem dieses:

„Viele Juden, vor allem in Osteuropa, waren religiös und moralisch entwurzelt und suchten, mit Pornographie, mit üblen Theater- und Kinostükken Geld zu verdienen — nicht anders als unsere heutigen Illustrierten-Bosse. Sie schwammen auf der Oberfläche einer morbiden Gesellschaft und führten ein Leben in Saus und Braus, während das Volk, das deutsche Volk, darbte."

Der Würzburger Bischof sah keinen Anlaß, sich von der Judenhetze seines Chefschreibers zu distanzieren. Eine geforderte Richtigstellung der „bedenklichen" oder schlicht falschen Thesen — so soll Karl Liebknecht ein aus Rußland stammender Jude gewesen sein —, wurde nicht veröffentlicht.

„Antisemitismus und Antikommunismus — schrieben wir im „Roten Morgen" 29/80 — dieser beiden finsteren Auswüchse und Perversionen menschlichen Geistes, die im Nationalsozialismus ihre Synthese fanden; sie finden ihre


Monsignore Holzapfel

Synthese wieder in den Worten des bischöflichen Hofschreibers aus Würzburg. Holzapfel spekuliert mit der Dummheit seiner Leser, er jongliert mit den übelsten Vorurteilen und den abgedroschensten Phrasen der nazistischen Propaganda — ohne daß ihm jedoch wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß der Prozeß gemacht wird."

Wir müssen uns korrigieren: Es wird ihm nun der Prozeß gemacht. Auf das Ergebnis allerdings darf man gespannt sein.



Samstag, 27. September, 19.30 Uhr, ZDF
Jugendmagazin **Direkt: Bundeswehr heute.** — Sechs Jugendliche, die ihre Grundausbildung bei der Bundeswehr antraten, ließen sich drei Monate lang von einem Direkt-Filmteam beobachten.

•

Samstag, 27. September, 21.10 Uhr, West III
Die Leute von Lich-Steinstrass. Dokumentarfilm von Regine Heuser und Aribert Weis über das Dorf Lich-Steinstrass, das dem Braunkohleabbau weichen muß. Es ist eine von 14 Ortschaften in der Nähe von Jülich, die zur Zeit „verlegt" werden. (54 wurden schon umgesiedelt.) Die Bewohner finden sich nicht ohne weiteres mit ihrem Schicksal ab.

•

Dienstag, 30. September, 20.15 Uhr, West III
Brunskappel soll ertrinken. Eine Dokumentation von Wolf Müller-Scherback über das Dorf Brunskappel im Sauerland, das einem Stausee weichen soll. Fünf Jahre lang kämpften die Einwohner gegen das Projekt.

•

Dienstag, 30. September, 21.00 Uhr, Nord III
Das Land der bitteren Kakteen. Aus dem Leben einer Palästinenserin. Dokumentarfilm. Die Schriftstellerin Raimonda Tawil („Mein Gefängnis hat viele Mauern") erzählt aus ihrem Leben.

•

Dienstag, 30. September, 22.00 Uhr, ZDF
Filmforum: **Lustig wär' das Zigeunerleben.** Bericht von Hannes Karnick und Wolfgang Richter über die Diskrepanz zwischen der Darstellung der Zigeuner im Film und der Realität ihres Lebens.

•

Mittwoch, 1. Oktober, 19.45 Uhr, Nord III
Städter auf dem Land. — Beobachtungen des großen französischen Zeichners und Karikaturisten aus dem letzten Jahrhundert, Honoré Daumier.

•

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **Bochum,** Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Walter Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, [illegible] 24, Tel.: 0203/443014

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **Freiburg,** Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

3000 **Hannover,** Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 438043, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.